

# darmstädter studenten zeitung

1F 2824 F

DM 0,60

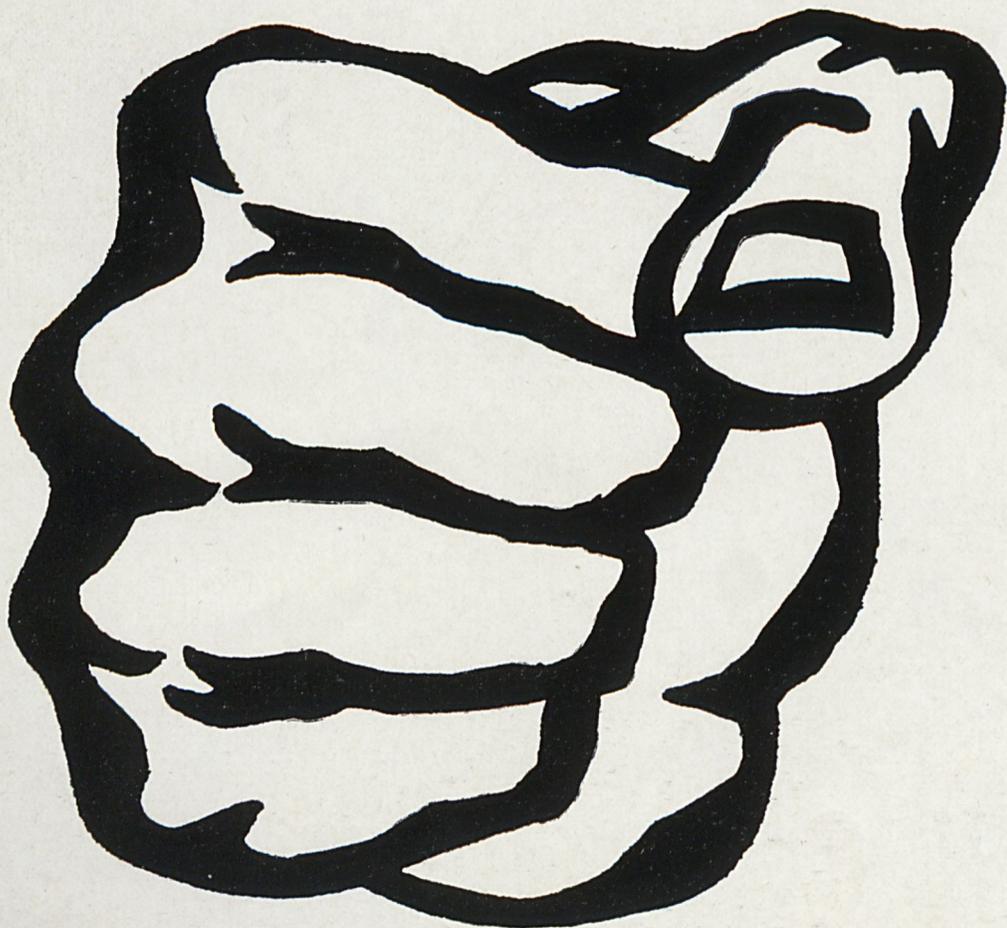
Hochschulangehörige  
DM 0,30

Juli 1971  
19. Jahrgang

**Nr. 122**



**9 Wer  
die Preise  
stoppen will,  
muß  
die Gewinne  
stoppen 9**



# Inhalt

- 2 **Die vergessene Majorität**  
Gewerbelehrer werden zur intensiveren Ausbeutung der Lehrlinge ausgebildet
- 6 **Streng wissenschaftlich**  
Zur Arbeitsphysiologie des Prof. Rohmert
- 9 **Das große Geschäft**  
Bildungsplanung soll die Profite retten
- 13 **Lehrer zwischen Widerstand und Anpassung**  
Einige Bemerkungen zur Strategie und Taktik im Ausbildungsbereich
- 16 **Ausländerstudium und Kulturimperialismus**  
Die 10% Studienplätze für Ausländer sind alles andere als ein Opfer
- 21 **Chemiestudium: Es stinkt!**  
Die Studienordnung kommt nicht von ungefähr
- 25 **Streik hintertrieben**  
Die Akademiker haben nicht ohne Grund den Streik in der chemischen Industrie sabotiert
- 28 **Für die Abschaffung des § 218**  
Dr. Hans Heinz Heldmann,  
Rechtsanwalt
- 32 **mini-markt**
- 32 **Hausmitteilung:**  
Die dsz zieht um



Das Studium fördert die Vereinzelung in der Gesellschaft

*darmstädter*  
**studenten**  
*zeitung*  
**Nr. 122**

Die „darmstädter studentenzeitung“ erscheint zweimal im Vierteljahr. Herausgeber und Verleger: Studentenschaft der TH Darmstadt (Körperschaft des öffentlichen Rechts) 61 Darmstadt, Hochschulstraße 1, Telefon 16 25 17.

Verantwortlich: Friedhelm Ernst

Verkaufspreis: DM 0,60, Hochschulangehörige DM 0,30; Jahresabonnement incl. Postzeitungsversand DM 6,00 (Ausland DM 7,70). Konto: Dresdner Bank Darmstadt 31240.

Anzeigen: Jan Kettmann, 61 Darmstadt, Rheinstraße 67, Tel. 8 55 43. Konten: Stadtparkasse Darmstadt 10000 335, Postscheckamt Ffm 80597.

Satz und Druck: Ph. Reinheimer, Darmstadt.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.

Für unverlangt eingesandte Bücher, Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

dpa- Bilder auf den Seiten 8, 17, 28, 29 und 30

# Die vergessene Majorität

**80% der bundesrepublikanischen Bevölkerung besuchen während ihrer Ausbildung die Berufsschule. Länder und Gemeinden gaben jedoch im Jahre 1969 nur zirka ein Drittel des Betrages, der für Gymnasien und Realschulen ausgegeben wird, für Berufsschulen aus. Die Lehrlinge arbeiten für knapp eine Mark Stundenlohn bis zu 70% ihrer Lehrzeit berufsfremd oder in der Produktion als angelernte Arbeiter. Das Berufsschulsystem ist so konservativ und kapitalabhängig, daß von dort ein Eingreifen nicht zu erwarten ist. Der Zentralrat der Lehramtskandidaten an der THD hat deshalb eigene Vorstellungen entwickelt.**

## Zur Lage der Lehrlingsausbildung

Der größte Teil der bundesrepublikanischen Bevölkerung geht von der Hauptschule aus direkt in die Berufsausbildung. Er wird von der Maxime der „volkstümlichen Bildung“ geprägt, die „allgemeinbildend-praktisch“ bezogen ist und jeglichen gesellschafts- und naturwissenschaftlichen Fachunterricht ausschließt. Verbale und methodisch-logische Fähigkeiten werden verstümmelt. Die Kinder, die ohnedies meistens in sprachrestriktiven Verhältnissen aufwachsen (Arbeiterkinder), müssen notwendigerweise gerade in der Selektionsphase der Grundschule (im 4. und 5. Grundschuljahr Abgang in die Sekundarschulen) vorübergehend versagen. Sie werden von ihren Eltern und Erziehern unbewußt dazu gedrängt, stattdessen manuelle Fähigkeiten (sog. praktische Begabung) zu entwickeln. Auf diese Weise werden sie automatisch in die Gesellschaft und in die materielle Produktions- und Distributionssphäre als „Unterschichten“ eingeordnet.

Die Lehrlingsausbildung wird bewußt fehlgeleitet. Sie erfolgt nur zu einem geringen Teil in den Großbetrieben der Konzerne. Die Mehrzahl der Lehrlinge wird von kleinen Warenproduzenten und -verkäufern (Handwerk, Kleinindustrie, Einzelhandel) dazu benutzt, um sich durch Ausbeutung ihrer besonders billigen Arbeitskraft gegen den Konkurrenzdruck der großen Industrie zu behaupten. Nach ihrer Gesellenprüfung werden bis zu zwei Drittel der jungen Arbeiter und Handwerksgehlen aus ihren Lehrbetrieben entlassen. Schon 1964 haben von 47 ausgewählten Berufsgruppen nur 51% ihren erlernten Beruf ausgeübt. Die freigesetzten Arbeiter und Handwerker wurden als Hilfsarbeiter von der Großindustrie übernommen.

## Die betriebliche Ausbildung

Die klassischen Lernberufe sind nahezu ohne Änderung aus der mittelalterlichen ständischen Organisation des Handwerks übernommen worden. Die Innungen bestehen teilweise heute noch auf Initiationsriten wie Freisprechung und Gesellentaufe und so weiter. Diese Riten erfüllen noch immer den Zweck, die Hierarchie Lehrling, Geselle, Meister

abzusichern. Die Ausbildungsvorschriften enthalten praktische Übungen, die handwerkliches Geschick eintrainieren bis zur Abstumpfung, wie zum Beispiel Würfel feilen, Mauerverbände legen oder Balken mit der Hand hobeln. Diese Übungen, die gewiß einmal echte Qualifikationsmerkmale prägten, haben im Zeitalter raffinierter Steuerungssysteme einerseits und primitiver Bandarbeit und Automatenkontrolle andererseits jeglichen technischen Sinn für die Ausführung der Arbeit verloren. Als disziplinierende, das heißt rückgratbrechende Arbeit sind sie für den Unternehmer aber durchaus noch funktional. Wie überhaupt die modernen „Qualifikationen“ wie Betriebstreue, Autoritätshörigkeit, geringes Selbstbewußtsein, Individualismus (das heißt Vereinzelung) von der gewerblichen Ausbildung zur Zufriedenheit der Industrie geleistet werden muß. Zufrieden ist sie weniger mit deren technischen Qualifikationen als mit deren Persönlichkeitsstruktur. Die jungen Gesellen werden in der Industrie sowieso nur für Tätigkeiten eingesetzt, für die auch eine Anlernzeit von durchschnittlich 2 Monaten genügt. Das technische Kader, die hochqualifizierten Arbeiter, die die Anlagen warten, verbessern und reparieren, zieht sich jedes Unternehmen genau zugeschnitten auf ihre eigenen Belange selbst heran. Diese Elitearbeiter, schon durch die Ausbildung privilegiert, werden systematisch von der übrigen Arbeiterschaft abgespalten. Lehrwerkstätten und betriebseigene Berufsschulen sowie weiterführende Ausbildungsgänge zum Werkmeister sollen diese Arbeiter dazu befähigen, für den Chef „durchs Feuer zu gehen“. Die Umarmungstaktik der „Werkfamilie“ zu der „wir ziehen alle an einem Strang-Ideologie“ soll dem Arbeiter seine Situation als erklärter Gegner des Kapitals und seiner Manager verschleiern. Diese Situation veranlaßte die Lehrlinge bislang nicht, sich zu organisieren – von den üblichen Motzereien abgesehen. Diese Situation ändert sich jedoch derzeit. Dazu Hans-Jürgen Hang und Hubert Maessen in ihrem Buch „Was wollen die Lehrlinge?“: „Zweifellos war das im Sommer 1968 nicht untertrieben und auch nicht gelogen, was von einem Artikel der Springer-Zeitung ‚Welt am Sonntag‘ der Monate später erschien, so ohne weiteres – wen will das verwundern? – nicht behauptet werden kann. Dort war nämlich zu lesen: ‚Die Lehrlinge rebellieren nicht, sie sind keine



billigen Bierholer. Das beweist die Praxis.'

Das Kunststück, in zwei Sätzen dreimal etwas Falsches zu schreiben, das macht Springer-Leuten so schnell keiner nach. Denn erstens rebellierten seit Herbst 1968 auch Lehrlinge, und zweitens unter anderem dagegen, als billige Bierholer verschlissen zu werden, und drittens beweist also auch die Praxis der Lehrlingsausbildung etwas anderes; was, das wissen Lehrlinge besser als ein Springer-Mann, zumindest seit sie gefangen haben, sich zu organisieren, gemeinsam Mißstände herauszufinden, die Schuldigen beim Namen zu nennen und etwas zu unternehmen. Es ist in den Berufsschulen und Betrieben mit der totalen Ruhe und Ordnung unter den Lehrlingen vorbei, und das ist — wie gesagt — nicht das unmittelbare Verdienst von Oberschülern und Studenten, die es — von lokalen Ausnahmen abgesehen — beim Fassen guter Vorträge bewenden ließen; es ist das Verdienst der arbeitenden Jugend selbst und ihrer Organisationen, wobei natürlich das Beispiel der Schülerbewegung wie das der antiautoritären und antikapitalistischen APO insgesamt das Ausbrechen offener Konflikte in den Betrieben und Berufsschulen und die Selbstorganisation, die nicht nur ohne die Initiative von Studenten und Schülern stattfand, sondern stellenweise sogar von einem verständlichen Unmut über die ständige Bevorzugung höherer Schüler und Studenten angetrieben wurde — was in Zukunft gemeinsamen Kampf selbstverständlich nicht ausschließt. Es mußte der lernenden und zugleich arbeitenden Jugend unterträglich werden, daß von einem 'Bildungsnotstand', von dringenden Reformen und von Demokratisierung fast ausschließlich in bezug auf Gymnasium und Universität die Rede war, während die skandalösen Zustände in den Ausbildungseinrichtungen des größten Teils der Jugend, den Lehrbetrieben, öffentlich keine Beachtung fanden und undiskutiert blieben.

'Alle Welt redet von Reformen — wir nicht', verkündeten deshalb Essener Lehrlinge im Frühjahr 1969 auf ihrem ersten Flugblatt und holten selber nach, was ihnen niemand hatte abnehmen wollen; sie klärten auf über die Verhältnisse, denen sie Tag für Tag ausgesetzt sind: 'Wir sortieren, stempeln, kleben, putzen, tragen, fegen. Unsere Ideale: blinder Gehorsam, geistige Anspruchslosigkeit, völlige Unterordnung, erst arbeiten, dann lernen [...]. Ruhe ist die erste Lehrlingspflicht!!! Gott segne den



Wenn Du älter bis, kommst Du auch noch dahinter

ehrwürdigen Lehrherrn! Daß der fromme Wunsch ironisch gemeint war, versteht sich. In Wirklichkeit sollte den Lehrherrn der Teufel holen, und Ruhe wollten die Lehrlinge auch nicht mehr geben. In Hamburg hatte im November 1968 die Gewerkschaftsjugend eine Lehrlingsdemonstration veranstaltet, die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) gründete Ende 1968 — ebenfalls in Hamburg — eine Lehrlingsarbeitsgemeinschaft, die wenig später mit ihrer ersten großen Aktion, dem 'Arbeiterjugendgericht', für angemessenes Aufsehen sorgte. Öffentlich beschrieben Lehrlinge und Jungarbeiter ihre beschissene Ausbildungssituation in den Betrieben und klagten als Schuldige an: die Regierung der Großen Koalition, die im Bundestag vertretenen Parteien und die Unternehmer, weil sie es versäumt hätten, ein längst fälliges einheitliches Berufsausbildungsgesetz zustandezubringen, das die Interessen der Arbeiterjugend berücksichtigt.'

Auch die Gewerkschaften haben den Notstand inzwischen erkannt. Ihre Kampfmittel gegen mittelalterliche Ausbeutungsmethoden beschränken sich jedoch weitgehend auf „demokratische“, das heißt das System nicht gefährdende Methoden wie Lehrlingumfragen; Ausarbeitung von Gegenmodellen zum Berufsbildungsgesetz, dem Betriebsverfassungsgesetz und dem Ausbildungsförderungsgesetz sowie auf Veranstaltung von Lehrlingskongressen. Der Wert dieser Informationsarbeit soll nicht bestritten werden. Jedoch sind dies keine adäquaten Mittel, um eine jahrzehntelange Partnerschaftspolitik, die in der konzertierten Aktion ihren höchsten Grad

an Perversion erreichte, auch nur in Frage zu stellen. Selbst in den Streiks der Gewerkschaft Papier, Chemie, Keramik wurden die Forderungen nach Anhebung der Ausbildungsbeihilfen für Lehrlinge entsprechend dem Honnefer Modell mehr am Rande behandelt.

## Die Berufsschule

Die Situation der öffentlichen Berufsschulen ist gekennzeichnet durch krasse Benachteiligung gegenüber allen anderen Schultypen (siehe Grafik). (80% der Lehrlinge haben anstatt der 12 geforderten Berufsschulstunden nur 5–8 Stunden pro Woche.) Mangel an Schulraum, Lehrmaterial und Lehrern ist noch nicht das Schlimmste. Die Lehrer funktionieren deutlicher erkennbar als „Unteroffiziere“ der Unternehmer. Die unzulängliche Ausbildung sowohl in den Gesellschaftswissenschaften als auch auf dem technisch-didaktischen Gebiet zwingt sie dazu, die Lehrprogramme der Firmen zu übernehmen, ohne den Ideologiegehalt erkennen zu können. Sie sind hilflos den Institutionen der Industrie ausgesetzt, welche die Ausbildung sowohl im Betrieb als auch in der Schule im wesentlichen bestimmen. Dies sind zum Beispiel:

der Deutsche Industrie- und Handelstag,  
der Bundesverband der Deutschen Industrie,  
der Ettlinger Kreis,  
die Walter-Reimond-Stiftung,  
die Arbeitsstelle für betriebliche Berufsbildung, Bonn,

das Institut für Berufserziehung im Handwerk der Universität Köln, die Handwerkskammern, die Industrie- und Handelskammern.

Die Prüfungen werden von den Industrie- und Handelskammern und von den Handwerksabkommen durchgeführt. Die Lehrer entscheiden hier nur als einer unter vielen. Außerdem ist die Teilnahme ehrenamtlich. Der Berufsschullehrer, überlastet von Pflichtstunden, eingeengt in seinen Mitteln, unterdrückt von einem konservativen Kollegium, ohne Hoffnung auf relevante Erfolge, resigniert in den meisten Fällen.

Auf die betriebliche Ausbildung hat der Berufsschullehrer gar keinen Einfluß. Er lehrt eine Theorie für eine Praxis, mit der er fast ausschließlich nur einmal im Leben Kontakt hat, nämlich im Praktikum. Die Entwicklung der Technik geht an ihm spurlos vorüber. Er unterrichtet Schüler, deren Arbeitsplatz er gar nicht kennt. Nicht umsonst stehen die Berufsschullehrer den gravierenden Mißständen der betrieblichen Ausbildung völlig passiv gegenüber. Fällt ein Lehrer einmal als der Rolle, solidarisiert er sich vielleicht mit den Lehrlingen oder nimmt sogar an deren Aktionen teil, ist eine Versetzung aufs Land gewiß beziehungsweise, falls er noch nicht beamtet ist, eine Kündigung des Anstellungsverhältnisses.

### Stufenausbildung und Gesamtschule

Der Strukturwandel der Industrie zwingt diese zu neuen Ausbildungskonzepten. So wird einer Untersuchung der OECD zufolge 1975 größtenteils nach Verfahren gearbeitet, die heute noch unbekannt sind. In Zukunft wird jeder Erwerbstätige seinen Beruf bis zu viermal im Leben wechseln müssen.

Die soziologische Untersuchung von Horst Kern und Michael Schumann „Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein“ stellt im wesentlichen drei Qualifikationsstufen fest, die in sich sehr homogen sind; das heißt, sich in den einzelnen Produktionssparten kaum unterscheiden:

- a) die repetitiven Teilarbeiter (Fließbandarbeiter) und die Automatenkontrollere, zum Beispiel Weber),
- b) die Steuer- und Führungsarbeiter (Kranführer),
- c) die Instandhaltungsarbeiter.

Die dafür erforderlichen Qualifikationen reichen von einfachsten handwerklichen Übungen wie Schweißen, Feilen usw. bis zur Fähigkeit, komplizierte Maschinen warten und reparieren zu können.

Außerdem muß im Sinne der Profitmaximierung der „Ausstoß“ der Qualifikationen genau steuerbar sein. Dies erreicht die Firma Krupp über das Modell einer Stufenausbildung, wobei die Unterteilung der Stufen genau der oben

angeführten Unterteilung der Qualifikationen entspricht. Durch willkürlich bewertbare Prüfungen zwischen den drei Stufen der Ausbildung kann die „Produktion“ genau dem „Bedarf“ angepaßt werden. Ein deutliches Beispiel dafür, wie die Ausbildung dem Prinzip der Gewinnmaximierung, das heißt Kostenminimierung, unterworfen wird.

Ähnlich wie dieser Stufenplan ist die Forcierung der Gesamtschule einzuschätzen. Nur wird hier noch langfristiger geplant. Schon heute muß eine gute theoretische Grundausbildung (10 Jahr Schulpflicht) angelegt werden, um die Berufsumstellung in der Zukunft schneller vornehmen zu können. Auch hier können über Förderkurse kurzfristig Lücken auf dem „Arbeitsmarkt“ im Sinne der Industrie geschlossen werden, Spezialisierung durch Steuerung der Wahlfächer stattfinden sowie durch eine Reihe von Zwischenprüfungen Qualifikationen gefördert und gebremst werden. Insgesamt also ein perfekt ausgeklügeltes Aggregat mit vielen Eingriffsmöglichkeiten für die Unternehmer.

Es fehlt heute nur noch ein System der Umschulung. Aber auch hier nimmt die Industrie bereits Einfluß, indem sie Bildungsurlaub nur für die berufliche Weiterbildung (Ausbildung in Technik und Verwaltung in ihrem Sinn) gewähren will. Die Arbeitsämter legen bereits das Ausbildungsförderungsgesetz so eng aus, daß nur unterstützt wird, wer sich genau in seinem Beruf fortbildet, oder derjenige, der sich in einen Mangelberuf umschulen lassen will.

### Das Studium des Lehramts an beruflichen Schulen

Die bisherigen Studien- und Ausbildungsgänge schlossen lückenlos an die Bedingungen des dualen Systems von betrieblicher und schulischer Ausbildung an. Sie folgten somit den Interessen der Unternehmer, die die Lasten der Ausbildung von der gesamten Gesellschaft bezahlen lassen, den Gewinn jedoch privat aneignen.

Ausgehend von der Industrieschule der Manufakturperiode und der darauf folgenden Fabriksschule, in der die Hälfte des Unterrichts der Religion vorbehalten war und die andere Hälfte für Rechnen und Schreiben, verlagerte sich der Unterrichtsinhalt entsprechend dem Strukturwandel der Industrie (immer kompliziertere Maschinen erfordern besser

Wochenbericht Nr. 15 vom 28.9. bis 3.10. 1969		Lehrjahr: 2	Lehrwoche: 2	Lehrabteilung: Werkstatt	Einzelstunden	Gesamtstunden
Ausgeführte Arbeiten, Berufsschule usw.						
Montag	Berufsschule: Religion, Bürgerkunde, Fachrechnen			4	8	
	restliche Stunden ausgefallen; nachmittags gearbeitet			4		
Dienstag	Handlanger beim Gesellen; für Gesellen und Meister				9	
	Besorgungen gemacht; aufgeräumt, Halle gefegt					
Mittwoch	Fenster geputzt, Werkzeug geputzt				8,5	
Donnerstag	500 alte Schrauben gängig gemacht und sortiert; Halle gefegt				9	
Freitag	Firmen- und Chefauto gewaschen; Maschinen geputzt				9,5	
	Umkleideräume nach Feierabend gesäubert					
Sonnabend	Merke: Lehrjahre sind keine Herrenjahre!					
Wochenbericht Nr. 16 vom 5.10. bis 10.10. 1969		Lehrjahr: 2	Lehrwoche: 2	Lehrabteilung: Werkstatt		
Montag	Berufsschule: wegen Lehrermangel ausgefallen				8,5	
	dafür gearbeitet					
Dienstag	Rohre auf Länge gesägt und entgrätet				8,5	
	aufgeräumt, Halle gefegt					
Mittwoch	Rohre auf Länge gesägt und entgrätet				9	
Donnerstag	Rohre auf Länge gesägt und entgrätet				9	
	Halle gefegt					
Freitag	Firmen- und Chefauto gewaschen; Maschinen geputzt				9,5	
	Umkleideräume nach Feierabend gesäubert					
Sonnabend	Merke: Ausbildung ja - Ausbeutung nein!					

DAS IST WÄHRE - BERUFLICHES BERUF

ausgebildete Facharbeiter) zunehmend auf die Technik. Der Ausbildungsgang der Gewerbelehrer wurde nach und nach systematisiert.

Bis in die 20er Jahre waren es vor allem Volksschullehrer, welche die technischen Kenntnisse durch eine Lehre oder ein Praktikum erworben hatten. Bis nach dem 2. Weltkrieg wurden Meister, Techniker und Ingenieure mit erzieherischen Ambitionen in sechsmonatigen Kursen didaktisch und methodisch ausgebildet. Die nächste Stufe der Gewerbelehrerusbildung war das sechssemestrige Studium an den berufspädagogischen Instituten (zum Beispiel: BP Frankfurt), die bis 1967 Lehrer ausbildeten. Interessant ist die Parallele zur damals gleich langen Volksschullehrerausbildung. Erst 1964 wurde in Darmstadt ein Studiengang an der Technischen Hochschule eingerichtet.

Die systematisch technische Qualifizierung der „Ware Arbeitskraft“ entsprechend der technologischen Entwicklung ist aus diesem historischen Abriss deutlich erkennbar. Diese Tendenz verfolgt das Hessische Kultusministerium weiterhin zum Beispiel durch die Auflage, ein

Lehrlingen ist die Benutzung des Fahrstuhls nicht gestattet.

technisches Wahlfach alternativ zu den bisherigen gesellschafts- und wirtschaftswissenschaftlichen Fächern einzurichten. Das Darmstädter Modell des Gewerbelehrerstudiums sieht zwar 56 Stunden Gesellschafts- und Erziehungswissenschaften gegenüber 92 Stunden Technik vor und erweckt so den Anschein außerordentlicher Progressivität; bei genauerem Hinsehen entpuppt sich dieses jedoch als sehr formalistisch. Die kritischen Studenten meinen:

- Der Lehrstuhl für Berufspädagogik Prof. Grüner) versteht sich als reiner Wissensvermittler und wähnt sich so neutral. Er möchte vieles verbessern, das heißt die Risse in der Fassade, die die Verlogenheit des Systems schon offenkundig machen, wieder schließen. Auf gut deutsch: die Fehler des Systems verschleiern. Dabei wird natürlich auch „Linken“ im „Rahmen des Möglichen“ Gelegenheit

gegeben, ihre Meinung zu äußern, denn „wir sind ja tolerant, demokratisch, pluralistisch“.

- Eine gesellschaftskritische Behandlung der Fachdidaktik sowie der Technik und der Wirtschaftswissenschaften gibt es kaum. Diese Fächer haben nach Meinung der Hochschullehrer mit der gesellschaftlichen Lage der Arbeiter nichts zu tun, obwohl zum Beispiel das Streikrecht juristisch so eingeschränkt ist, daß sie praktisch nicht streiken können.
- Die Hospitation, der einzige praktische Bezug zum späteren Arbeitsplatz, erschöpft sich im Ausfüllen eines Fragenkatalogs formal soziologischer Daten, wie zum Beispiel: Wie oft geht der Lehrer in der Klasse hin und her?
- Das Praktikum im Betrieb wird vereinzelt abgeleistet und im Studium nicht mehr aufgearbeitet. Die Situation des Lehrlings und die gesellschaftlichen Bedingungen des beobachteten Produktionsprozesses werden nicht durch entsprechende Begleitseminare durchleuchtet. Dies ist auch ohne systemkritische Position nicht möglich, deshalb vom Lehrstuhl für Berufspädagogik auch nicht zu erwarten.

Die kritischen Studenten haben dies erkannt. Die Basisgruppe Gewerbelehrer versucht immer wieder in Seminaren, Vorlesungen und Kommissionen mit Unterstützung einiger progressiver Hochschullehrer, Änderungen herbeizuführen und die politischen Bezüge herzustellen. Dieses Flickwerk führt jedoch zu keinen wesentlichen Verbesserungen des Studiums. Deshalb wird zur Zeit zusammen mit den Studenten des höheren Lehramts (Gymnasiallehrer) ein gemeinsamer Reformentwurf ausgearbeitet.

### Reformvorstellungen des Zentralrats der Lehramtskandidaten an der THD

Der Zentralrat hat folgende Forderungen an eine neue Studienordnung ausgearbeitet:

1. Vereinheitlichung des Studiums aller Lehrergruppen
2. Integration der Praxis in das Studium, das heißt, das Referendariat ist ein Teil des Studiums, Praktika werden nur mit Begleitseminaren abgehalten.

3. Projektstudium: Integration von Praxis, Fach-, Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaften.
4. Kollektives Studium: Projektgruppen, Hospitationsgruppen, Team-Teaching.
5. Der Lehrer ist in erster Linie Gesellschaftswissenschaftler, das bedeutet, daß der Stundenplan zur einen Hälfte aus Fachwissenschaft und zur anderen aus Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaft besteht. Diese formale Aufteilung soll natürlich durch das Projektstudium weitgehend aufgehoben werden.

Der Studiengang soll folgendermaßen gegliedert werden:

Die Orientierungsphase gemeinsam mit allen Lehrergruppen, die Fachphase, die Berufseinführungsphase.

Die Orientierungsphase soll vor allen Dingen dazu dienen, die Gesellschaft allgemein und die spezielle Rolle des Lehrers in der Gesellschaft zu analysieren, so daß der Student seine Position bestimmen kann. Er soll am Ende dieser Phase bewußt seine Zielgruppe (Lehrer für Entwicklungsgestörte, Primarstufe, Sekundarstufe, Erwachsenenbildung) wählen können. Während dieser Phase werden zwei Praktika durchgeführt, ein Betriebspraktikum und ein Sozialpraktikum, welche die reale Umwelt mit in das Studium einbeziehen sollen. Die Fachphase beinhaltet das Studium der Fachinhalte im Zusammenhang mit ihrer pädagogischen Umsetzung. Dazu dienen Unterrichtsbeobachtungen, Unterrichtsversuche und Curricula-Entwicklungen. Eine abschließende Hausarbeit in Fachwissenschaft bzw. Fachdidaktik, die kollektiv durchgeführt werden kann, leitet über zur letzten Phase.

Die Berufseinführungsphase dient der Einübung und Überprüfung der Berufspraxis im Zusammenhang mit der Entwicklung neuer Unterrichtsformen und der Umsetzung der Theorie in die Praxis. Sie schließt ab mit einer sozialwissenschaftlichen Arbeit zum Praxisfeld Schule.

Der Zentralrat arbeitet derzeit diese abstrakt allgemeine Forderungen aus. Insbesondere die Einordnung und die Lösung des Problems der betrieblichen und schulischen Ausbildung der Lehrlinge sowie der praktischen Ausbildung der Gewerbelehrer ist noch nicht voll ausdiskutiert.

**Ein wesentliches Instrument zur verschärften Ausbeutung der einfachen körperlichen Arbeitskraft stellt die Arbeitswissenschaft dar, die an der TH Darmstadt ihren Vertreter in Prof. Dr. Rohmert hat. Vergleicht man einmal die nach scheinbar objektiven naturwissenschaftlichen Kriterien aufgebaute Rohmertsche Theorie mit den praktischen Folgen ihrer Anwendung im Betrieb, wird die Perfidie dieser „Wissenschaft“ deutlich.**

Nach Rohmert ist es das Ziel der Arbeitswissenschaft, das System Mensch – Maschine zu optimieren, um den „größten Nutzen“ zu erzielen. Die Frage ist dabei, mit welchen Mitteln das System optimiert werden soll, wieso diese Mittel angewandt werden, auf wessen Kosten diese Optimierung stattfindet und für wen dabei der größte Nutzen herausspringt. Grundlage für die Beantwortung dieser Fragen ist dabei der von Rohmert herausgegebene Umdruck zur Vorlesung Arbeitswissenschaft I sowie Kursbuch 21.

## Beschleunigung der Arbeit

Eine der wichtigsten Grundlagen der Arbeitswissenschaft ist die Zeitanalyse mit dem „System vorbestimmter Zeiten“ (SVZ), anhand derer Arbeitszeiten für manuelle Verrichtungen im voraus bestimmt werden können. Diese Systeme sollen Hinweise geben für eine rationelle Gestaltung des Bewegungsablaufs, sollen überflüssige Bewegungen ausschalten und die Bewegungsschwierigkeit abbauen, damit schneller gearbeitet werden kann.

*„Eines dieser SVZ ist das MTM-System (MTM: Methods Time Measurement; Red.), das die Vorgabezeitbestimmung durch Zeitnehmer teilweise ersetzt. Hierbei werden Bewegungsabläufe wie Hinlangen, Greifen, Bringen, Fügen, Loslassen bestimmte Zeiteinheiten zugeordnet.“* (siehe Rohmert S. 124/12).

Das Verfahren geht von der Voraussetzung aus, daß es für jeden Arbeitsvorgang ein meßbares Minimum an notwendigen Bewegungen gibt; für jede dieser Bewegungen wird eine Normzeit konstruiert, die von jedem Menschen, gleichgültig welchen Körperbau er hat oder in welchem psychischen Zustand er sich befindet, erreicht werden sollen. „In Wirklichkeit besteht das neue an den Verfahren darin, daß unter dem Vorwand ganz geringfügiger und billiger Änderungen des Arbeitsplatzes die Normen verdoppelt und verdreifacht werden, und zwar auch an den Maschinen, an denen gar nichts geändert wurde. Am Kraftfahrzeugschalterband (bei Bosch, Berlin) wurde die Stückzahl in einem Jahr verdoppelt, ohne daß eine einzige zusätzliche Arbeitskraft eingestellt wurde. Die Löhne wurden unter Berufung darauf, daß mit dem MTM-Verfahren endlich ein Maßstab gefunden sei, der für alle, die nach ihrer Leistung beurteilt werden, gleich und insoweit auch gerecht ist,

auf dem alten Stand gelassen beziehungsweise noch gesenkt. ‚Früher‘ sagte eine Arbeiterin dazu ‚haben wir ungefähr ein Drittel von dem produziert, was wir heute machen, sind aber immer auf 3,80 bis 3,90 DM gekommen. Heute schafft, von einer Handvoll Frauen abgesehen, keine die MTM-Norm, und die meisten verdienen ihrer Stückzahl nach nur 3,— DM in der Stunde und darunter, obwohl sie doppelt oder dreimal so viel produzieren.‘ (Kursbuch 21: Die Frauen bei Bosch und AEG-Telefunken). Das ganze bedeutet letzten Endes nichts anderes, als daß der Mehrwert der Unternehmer erhöht wird, das heißt, der Wert, den die Arbeiter zwar erzeugen, für den sie arbeiten, für den sie aber nicht bezahlt werden, den die Unternehmer in ihre Tasche stecken, um damit neue Maschinen zu kaufen, mit denen aufs neue Arbeiter ausgebeutet werden können.

## Frauenarbeit

Interessant ist auch das Kapitel Frauenarbeit. In dem Arbeitsbericht über die Frauen bei Bosch heißt es dazu: „Schon bei dem ersten Blick durch die Halle erkennt man die Frauen nicht nur an dem Unterschied, der zwischen Rock und Hose, langem oder kurzem Haar besteht; die Frauen sind von den Männern nämlich noch durch einen Gang getrennt: diesseits des Ganges stehen die Maschinen, wo die eigentliche produktive Arbeit gemacht wird, sitzen die Frauen – jenseits des Ganges, dort wo man aufpaßt, telefoniert, vielleicht mit wichtiger Miene ein mißratenes Teil betrachtet, sitzen in immer frischen und hellen Kitteln die Männer: Meister, Einrichter, Reparatoren. Selbst noch die zwei, drei Männer, die zwischen den Frauen an den Maschinen sitzen, sind den Frauen gegenüber im Vorteil, sie arbeiten nicht im Akkord, sondern im Zeitlohn. Auf eine Frage an einen Arbeiter, ob er im Akkord arbeite, sagte er: ‚So eine Schinderei würde ich gar nicht durchhalten.‘“

Wie es zu dieser Teilung der Arbeit zwischen Männern und Frauen kommt, erklärt Rohmert in seinem Abschnitt über Frauenarbeit:

*„Die Frau ist im Durchschnitt 10 cm kleiner und wiegt 10 kg weniger als der Mann. Abgesehen von der Körpergröße unterscheidet sich das Frauenskelett durch die kürzeren und leicht einwärts gestellten*

Gliedmaßen. . . Frauen sind weniger für Kraftleistungen, dafür eher für Leistungen geeignet, die Schnelligkeit, fein koordinierte Geschicklichkeit der Hände, häufig sich wiederholende, rhythmische Bewegungsgestalten und konstant schwebende Aufmerksamkeit verlangen. Diese natürlichen Fähigkeiten nützt die gewerbliche Wirtschaft für den besonderen Einsatz der Frauen bei automatisierbaren Arbeitsverrichtungen. . . Im Bezug auf den Intellekt kann dem Mann keine Vorrangstellung gegenüber der Frau zugestanden werden. Man kann lediglich eine Differenzierung bei der technisch-konstruktiven Intelligenz feststellen.“

In sozialistischen Ländern sind interessanterweise zwischen 30 und 50% der Ingenieurwissenschaftsstudenten Frauen. Rohmert:

„Das abstrakte Denken tritt hinter dem konkreten zurück. Durch ein personen- und sachgebundenes Denken wird ein stark begriffliches Denken zurückgedrängt. Die Trennung von Personen und Sache (oder Funktion) fällt oft schwer. Die Frau ist weniger willensmäßig akzentuiert, dagegen spielt das Gefühl eine größere Rolle (Ineinanderwirken und gegenseitiges Bedingtheitsein von körperlichen und seelischen Kräften). . .“

Kursbuch 21: „Die Realität sieht so aus, daß an die Stelle der alten Arbeitsteilung zwischen Frauen- und Männerarbeit eine neue, noch ungerechtere getreten ist. Frauenarbeit bedeutet heute nichts weiter, als die schwerere, dreckigere, schlechter bezahlte Arbeit zu machen, Männerarbeit ist die verantwortungsvollere, leichtere, besser bezahlte Arbeit.“ Rohmert legitimiert diese realen Verhältnisse mit einem pseudo-wissenschaftlichen Deckmäntelchen, indem er die Unterschiede zwischen Frauen- und Männerarbeit auf biologische Umstände zurückführt, ohne auch nur in Betracht zu ziehen, daß die Erscheinungsform der Frauenarbeit gesellschaftliche Gründe haben könnte. Die Frage, auf wessen Kosten das Rohmertsche Mensch-Maschinen-System optimiert wird, wurde schon beantwortet in dem Abschnitt über das MTM-System. Ein weiteres Beispiel dazu ist das, was Rohmert Job-Enlargement nennt.

„Gegenläufig zum Prinzip der Arbeitsteilung besteht die Tendenz zur Erweiterung der Arbeitsaufgabe (Job-Enlargement). Hierdurch können die soziologischen, psychologischen und physiologischen Nachteile der Fließarbeit teilweise beseitigt

REFA ist ...

...die Kurzbezeichnung für den Verband, der seit mehr als vierzig Jahren mit großem Erfolg die Anwendung moderner Arbeitsstudienmethoden lehrt. REFA war anfangs nur Arbeitszeitermittlung. Heute umspannt das Arbeitsstudium jedoch ein wesentlich breiteres Spektrum, das alle modernen Methoden der Betriebsführung

berücksichtigt. REFA rationalisiert die menschliche Arbeit durch eine optimale Gestaltung und Organisation aller Arten von Arbeitsabläufen in Industrie, Handwerk, Büro, Handel, Post, Bahn usw. REFA lehrt umfassend Methoden der Systemanalyse bis hin zu Makrostrukturen.

werden. Allerdings stehen hier oftmals fertigungstechnische Schwierigkeiten im Wege.“

In der Praxis sieht das am Beispiel einer Arbeiterin bei AEG-Telefunken so aus: Ihr wird die Type (Fernsehröhre), die sie mit Unterbrechungen in den letzten fünf Jahren geschweißt hat und mit der sie 4,70 DM verdient hat, weggenommen. Dafür bekommt sie eine andere Type, die sie noch nie geschweißt hat, und eine Umlernzeit von drei Wochen, in der sie nach dem Durchschnitt des letzten Monats bezahlt wird, um auf den Akkord zu kommen. Nach drei Wochen Umlernzeit erreicht sie gerade den Anfangsakkord und verdient 3,25 die Stunde — nach 16 Jahren Akkordarbeit bei AEG-Telefunken. Als sie sich auf 4,— DM hochgearbeitet hat, wird sie auf eine Type versetzt, die zwar nicht ihre alte ist, aber der alten sehr ähnlich; auch diese Umlernzeit muß sie wieder bezahlen, nur diesmal ist ihr Durchschnitt noch schlechter. Wenn sie eventuell in einem Monat wieder auf ihre alte Type versetzt wird, hat sie gelernt, zwei neue Typen zu schweißen, und hat das auch noch selbst bezahlt. (Kursbuch 21 S. 117/118)

### Wozu Arbeits-„wissenschaften“?

Wozu arbeitswissenschaftliche Mittel angewandt werden, dazu schreibt

Rohmert zum Beispiel auf Seite 85 seines Umdrucks unter:

„Beweggründe für Veränderungen einer vorhandenen Gestaltung einer Arbeit oder Randbedingungen für die Gestaltung neuer Arbeiten im Rahmen der Systemgestaltung:

1. Technische Gründe (z. B. Überschreitung menschlicher Funktions- und Leistungsgrenzen)
2. Arbeitswissenschaftliche Gründe (z. B. wegen Mangel an bestehenden Arbeitskräften oder wegen erhöhtem Ausbildungsaufwand)
3. Wirtschaftliche Gründe (z. B. wegen Kostenherabsetzung oder Kapazitätserweiterung)
4. Arbeitshygienische Gründe (z. B. Gesundheitsgefährdung)
5. Gesellschaftliche Gründe (z. B. Unzumutbarkeit einer Arbeit)
6. Gesetzliche Gründe (z. B. Verbot einer Arbeit)“

Die Aufzählung zeigt sehr deutlich, welche Gründe in erster Linie maßgeblich sind für die Änderung einer Arbeitsgestaltung. Im Mittelpunkt steht eben nicht der arbeitende Mensch, an den die Arbeit angepaßt werden soll, sondern der wirtschaftliche Nutzen, der letzten Endes nur wenigen zugute kommt, eben den wenigen, die „arbeitswissenschaftliche Forschung“ bezahlen und die an der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft interessiert sind.



„Ich halte dafür, daß das einzige Ziel der Wissenschaft darin besteht, die Mühseligkeit der menschlichen Existenz zu erleichtern.“

Brecht

In der Arbeitswissenschaft Rohmerts wird der Mensch nur auf seine Funktions- und Leistungsfähigkeit untersucht. Die Auswirkungen der manuellen Arbeit auf den Menschen ist nur insoweit interessant, wie sie den Ausstoß an Produkten beeinträchtigt. Nicht untersucht wird, wie manuelle Arbeit insbesondere am Fließband den Menschen abstumpft, verklavt, unfähig macht, sich mit Dingen zu beschäftigen, die über den direkten Rahmen der Arbeit hinausgehen, weil die Arbeiterin oder der Arbeiter nach 8 Stunden Fließbandtätigkeit körperlich und geistig so ausgelaugt ist, daß er in den 8 Stunden, von denen Rohmert sagt, sie seien Freizeit, psychisch wie physisch noch so von der Arbeit in Anspruch genommen ist, daß er gar keine reelle Möglichkeit hat, sich von der Arbeit zu lösen und etwas zu tun, was ihn ausfüllen, befriedigen könnte. Um das klar zu machen, eine kurze Schilderung eines Arbeitsablaufes am Band, Schweißen von Fernsehrohren: „Die Arbeiterin teilt sich ihre halben Stunden in 6 x 5 Minuten ein. In 5 Minuten muß sie 5–6 Röhren schweißen. Nach einem Kasten (=30 Röhren) kann sie für 5–7 Minuten ihre Beine vom Fußpedal nehmen, während sie die geschweißten Röhren unter der Lupe kontrolliert. Wenn sie die letzte kontrollierte Röhre zu den fertigen in die Raste steckt, greift sie zu dem

nächsten Kasten und hat nochmal so etwas wie eine freie Minute; in der beschriftet sie alle 30 Röhren mit ihrer Nummer. Wenn sie die letzte Röhre beschriftet hat, rutscht sie mit ihrem Stuhl, mit ihrem Bauch an die Maschine, greift sie die erste Röhre aus dem beschrifteten Kasten, schweißt das erste Teil an die Röhre, das zweite Teil, dreht die Röhre um und schweißt in dem inneren Teil der Röhre feine Bändchen zusammen, indem sie mit der Pinzette, die sie den ganzen Tag in der rechten Hand hat, die Bändchen übereinander legt. Um 8 Uhr hat sie 120 Röhren geschweißt. Bis zur Pause muß sie noch 60 Röhren schweißen, 60 Röhren unterteilt sie in 2 x 30 Röhren, und die 1 x 30 Röhren muß sie schweißen, bis die Musik anfängt. . . . Seit 2½ Stunden sitzt sie auf ihrem Stuhl, schweißt ohne Pause, 14 Schweißstellen in der Minute, bei jeder Schweißstelle tritt sie mit dem Fuß auf das Fußpedal, jedesmal zieht sie dabei die Bauchmuskeln zusammen, bei jeder Schweißstelle entstehen Dämpfe, die sie einatmet. Ihr tut der Arsch weh, sie kann nicht mehr auf dem Stuhl sitzen, ihre Waden sind verhärtet, weil sie nur alle 30 Minuten beim Kontrollieren mit den Beinen vom Fußpedal runter kann, ihre linke Schulter tut weh, weil sie links schweißt, das Rückgrat kommt ihr wie durchgebrochen

vor, weil sie sich nicht zurücklehnen kann.“ (Kursbuch 21, S. 122/123)  
Wenn sie nach Hause kommt, ist sie körperlich völlig fertig und macht sicherlich noch im Schlaf die gleichen Bewegungen wie an ihrem Arbeitsplatz.

**Einladung zum  
kostenlosen  
Proberauchen!**

Probieren Sie zungenmilden  
Pipe Tobacco! 6 Pröbchen  
gratis. Postkarte genügt.

**EXCLUSIV Tobacco**  
83 Landshut, Postfach 568

# Das große Geschäft

**Die Entwicklung der Bildungsplanung in der Bundesrepublik ist ein Spiegelbild der wirtschaftlichen Entwicklung. Das „Wirtschaftswunder“ der Nachkriegsjahre ließ intensive oder gar geplante Investitionen im Bildungssektor nicht notwendig erscheinen: Erst mit dem Beginn der sechziger Jahre, als die westdeutsche Wirtschaft zunehmend den Bedingungen der übrigen westeuropäischen Länder unterworfen wurde, begann der Ausbau der Bildungseinrichtungen zunächst relativ naturwüchsig, später zentral geplant. Der Artikel umreißt kurz die Entwicklung im Hochschulbereich bis hin zu den neuen Vorstellungen über den geplanten Numerus clausus und differenzierte Studienabschlüsse.**

Durch die Zerstörung der deutschen Wirtschaft im Zweiten Weltkrieg und durch die anschließende Demontage noch intakter Industrieeinrichtungen, waren – so unsinnig das auch klingen mag – bestgünstige Bedingungen für die wirtschaftliche Reorganisierung geschaffen. Beim Aufbau des Produktionsapparates konnten die modernsten Geräte verwandt werden. Der ständige Ausbau, ohne daß auch nur eine veraltete Anlage hätte abgebaut werden müssen, garantierte eine hohe Produktionswachstumsrate, was hohe Gewinne zur Folge hatte. Beschleunigt wurde der Wachstumsprozeß durch staatliche Förderungsmaßnahmen (Abschreibungserleichterungen), Auslandshilfen (Marshall-Plan) und einem trotz der Kriegsverluste relativ starkem Potential qualifizierter Arbeitskräfte. Hinzu kam bis zum Bau der Berliner Mauer im Jahre 1961 ein steter Zustrom von Technikern und

Wissenschaftlern aus der Deutschen Demokratischen Republik. So konnte die westdeutsche Wirtschaft etwa zehn Jahre lang ohne große Investitionen in die Entwicklung von Wissenschaft und Technik international konkurrenzfähig bleiben.

## **Bildungsplanung bis zur Wirtschaftskrise 1967**

Zu Beginn der sechziger Jahre war der wirtschaftliche Wiederaufbau in Westdeutschland abgeschlossen. Gleichzeitig machte sich der vergleichbar hohe technologische Stand konkurrierender Industriestaaten bemerkbar. Sollte eine drohende Stagnation des Wirtschaftswachstums vermieden werden, so waren nunmehr verstärkte Bildungsinvestitionen, insbesondere Anstrengungen zur Entwicklung von Wissenschaft und Forschung, unumgänglich. Damit war die

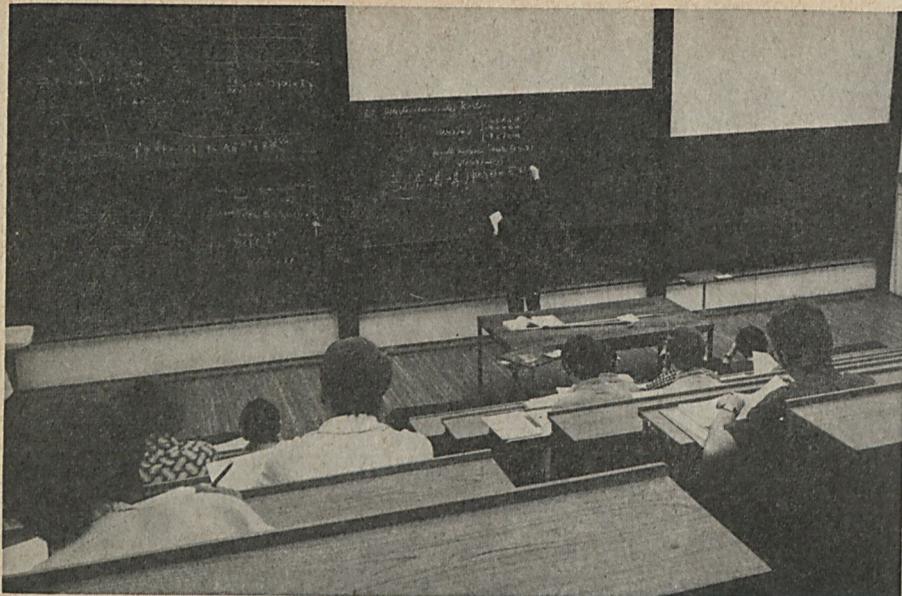
### **Zusammensetzung des Wissenschaftsrates**

(nach dem Stande vom 30. 5. 70; veröffentlicht in „Empfehlungen des Wissenschaftsrates“ vom Oktober 1970)

Der Wissenschaftsrat setzt sich aus zwei Gruppen zusammen: Die erste Gruppe der Mitglieder wird vom Bundespräsidenten berufen. Sie unterteilt sich in zwei Untergruppen, deren erste aus gemeinsamen Vorschlägen von Deutscher Forschungsgemeinschaft, Max-Planck-Gesellschaft und Westdeutscher Rektorenkonferenz besteht. Zu ihr gehören sechzehn Vertreter (in der Regel Ordinarien), unter anderem der „Mitbestimmungs“-experte Biedenkopf (CDU), der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft Speer und das Vorstandsmitglied der Hochschulvereinigung für das Fernstudium Grottemeyer.

Die zweite Untergruppe (vom Bundespräsidenten berufen) besteht aus von Bundesregierung und Landesregierungen gemeinsam vorgeschlagenen. Ihr gehören im wesentlichen Vertreter von Industrie und Banken an.

Die zweite Gruppe der Mitglieder wird von den Regierungen des Bundes und der Länder bestellt. Auch sie unterteilt sich in zwei Untergruppen. Die erste umfaßt die Vertreter der Bundesregierung, allesamt Staatssekretäre beziehungsweise parlamentarische Staatssekretäre, die allerdings durch ständige Stellvertreter vertreten sind. Interessant ist, daß der Staatssekretär des Bundesverkehrsministeriums ständig vertreten wird durch einen Ministerialdirektor des Verteidigungsministeriums, das selbst kein Mitglied stellt. Die zweite Untergruppe setzt sich zusammen aus Mitgliedern, die von den Landesregierungen entsandt werden; in der Regel die Kultusminister der Länder oder die entsprechenden Staatssekretäre. Nur Hamburg macht eine Ausnahme. Hamburg ist so aufrichtig, gleich den Präses der Finanzbehörde (=Finanzminister) zu entsenden. Die anderen Länder haben eine nach außen „elegantere“ Lösung gefunden. Da auch diese Untergruppe ständige Vertreter hat, lassen sich der Einfachheit halber von zehn Kultusministern sechs durch den Finanzminister oder durch dessen Staatssekretär des jeweiligen Landes vertreten.



### Wissen allein genügt nicht . . .

Bundesrepublik zu Anfang des letzten Jahrzehnts denselben Bedingungen unterworfen, denen alle hochindustrialisierten Gesellschaften unterliegen, die ihre wirtschaftliche Progressivität nur mit einer ständig beschleunigten technologischen Entwicklung gewährleisten können.

Nun lassen sich allerdings in einer kapitalistischen Gesellschaft Bildungsinvestitionen nicht in gleicher Weise wie sonstige Investitionen in der Wirtschaft vornehmen. Die Produktion von Wissen ist nur langfristig möglich. Der Schulbesuch dauert in der Regel dreizehn Jahre und ein sich anschließendes Studium vier bis sechs Jahre, in manchen Fachrichtungen noch länger. Das sind Zeiträume, die über die der zyklischen und strukturellen Schwankungen der periodischen Entwicklung des Kapitalismus weit hinausreichen.

Die Risiken, wollte etwa die Privatwirtschaft durch betriebseigene Bildungseinrichtungen oder sonstige wirtschaftseigene Ausbildungsstätten wie Stiftungsuniversitäten den gestiegenen Bedarf an höher qualifizierten Arbeitskräften selbst decken, sind viel zu groß. Bestenfalls internationale Großkonzerne mit weiter Branchenstreuung (Holdings etc.) wären in einigen Bereichen dazu in der Lage.

Der Ausbau des Wissenschafts- und Bildungssektors läßt sich also nicht aus der Sicht kurzfristiger Wirtschaftsinteressen betrachten. Die Vermehrung und Verbesserung der Ausbildungsmöglichkeiten schlägt sich erst nach längeren Zeiträumen in wirtschaftlicher Nutzung nieder. Die Entwicklungen der Bildungs- und Konjunkturpolitik sind daher nicht kongruent. Da Bildungsinvestitionen relativ kontinuierlich über längere Zeit geplant erfolgen müssen, kommt als Bildungsinvestor nur der Staat in Frage.

Darüber hinaus ist somit zum Schaden der Allgemeinheit erreicht, daß nicht die Nutznießerin der gesteigerten Bildungsausgaben, die Industrie, die Kosten allein tragen muß, sondern daß sie von allen Gliedern der Gesellschaft gleichermaßen getragen werden. Wollte der Staat Herr der gestiegenen Anforderungen werden, so mußten neue organisatorische und gesamtökonomische Wege eingeschlagen werden.

Seit 1958 wurde immer mehr Geld für den Aus- und Neubau der wissenschaftlichen Hochschulen investiert. Die gesamtstaatliche Planung und Koordination nahm mit der Gründung des Wissenschaftsrates ihren Anfang.

Die mangelnde Ausstattung des Ausbildungsbereichs machte sich im wesentlichen auf drei Ebenen bemerkbar:

- **Die Nachfrage der Wirtschaft, der Verwaltung und des Dienstleistungsbereichs nach qualifizierten Arbeitskräften überstieg das Angebot.**
- **Neben der Ausbildung entsprach auch die Wissenschaftsentwicklung nicht mehr dem internationalen Standard.**
- **Das Bildungswesen konnte gerade im Bereich der Hochschulen die individuelle Nachfrage nach Bildung nicht mehr decken.**

Mittel zur Behebung dieser Mißstände versprach man sich durch die Entwicklung eines Gesamtplans für die Förderung der Wissenschaft und des Bildungswesens, durch die Erarbeitung jährlicher Dringlichkeitsprogramme und durch optimale Gestaltung des Wissenschaftsetats in Bund und Ländern.

Mit der Lösung dieser Aufgaben wurde der Wissenschaftsrat beauftragt. In seinen Empfehlungen legte er bis etwa 1967 den Schwerpunkt auf den Ausbau der Hochschulen. Sie sollten vor allen Dingen dazu dienen, den tertiären Ausbildungsbereich **arbeitsfähig** zu machen.

Wenn auch diese Empfehlungen schon damals im Rahmen eines „Gesamtplans zur Förderung der Wissenschaften und für den Aufbau der wissenschaftlichen Einrichtungen“ standen, so ist für diese Phase doch festzustellen, daß keine grundlegenden qualitativen Änderungen im Hochschulbereich empfohlen wurden. Zwar baute man nach 1960 die wissenschaftlichen Hochschulen stark aus – die Anzahl der Institute stieg von 1960 bis 1964 um nahezu 40%, die Zuschüsse von Bund, Ländern und Gemeinden zu den Ausgaben der wissenschaftlichen Hochschulen wurden im gleichen Zeitraum verdoppelt – die im 19. Jahrhundert entstandene vom Humboldtschen Bildungsideal abgeleiteten Organisationsformen aber behielt man bei.

### Die Entwicklung seit der Wirtschaftskrise 1967

In Folge der Wirtschaftskrise von 1967 wurden die Ausgaben im Bildungsbereich vorübergehend gedrosselt. Zur gleichen Zeit wurde erstmals Kritik an der wissenschaftlichen Ausbildung geübt. Trotz des enormen Ausbaus der Hochschulen in den Jahren 1960 bis 1967 war es nicht gelungen, wesentliche Mißstände, wie lange Dauer des Studiums, Abbruch des Studiums durch zahlreiche Studenten und Überbeanspruchung der Lehrenden zu beseitigen und die Hochschulen so zu erweitern, daß sie den an sie gestellten Ansprüchen, der steigenden Nachfrage nach wissenschaftlicher Ausbildung, entsprachen. Die fortschreitende Spezialisierung und Differenzierung der Forschung, sowie die Vermehrung und qualitative Änderung der Ausgaben, die eine Ausbildung an wissenschaftlichen Hochschulen verlangen,



erforderten eine grundlegende Umstrukturierung der Hochschulen. So kam der Wissenschaftsrat 1968 zu dem Schluß, daß es nicht genüge, Reformen im Sinne eines Ausbaus und einer Erweiterung des bestehenden Hochschulbereichs voranzutreiben, sondern daß eine totale Neugestaltung des Bildungssystems zur Behebung des Dilemmas notwendig sei. Hierzu mußte der wissenschaftlich-technische Apparat unmittelbar vom Staat geplant, reguliert und gesteuert werden. Nur durch diese staatliche Strukturpolitik konnte die Rentabilität privater Investitionen gesichert werden.

Hatte der Wissenschaftsrat keine Entscheidungsgewalt, sondern nur die Möglichkeit, an die Kulturhoheiten, die Länder, Empfehlungen zu richten, so geht nunmehr der Trend hin zu einer bundeszentralen Kompetenz für Bildungs- und Wissenschaftsplanung. Dafür avancierte das frühere Atomministerium zum Ministerium für Wissenschaft und Forschung. Und neben unverbindlich tagenden Gremien wurde die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung eingerichtet, die mit zwei Drittel Mehrheit Beschlüsse fassen kann, die zumindestens für die zustimmenden Länder bindend sind. Durch das in Arbeit befindliche Hochschulrahmengesetz soll die Ausbildung im tertiären Bereich, das heißt in den Universitäten und Fachhochschulen, endgültig gesteuert werden. Trotz der Bestrebungen, zentrale Beschlußkompetenzen auf Bundesebene zu schaffen, kann der Wissenschaftsrat immer noch als das wichtigste Planungsorgan angesehen werden. Hinweis für seine unangefochtene Position ist seine Informationsrundreise durch die westdeutschen Universitäten während der letzten Wochen, die ihn Ende Juni auch nach Darmstadt führte. (Zur Zusammensetzung des Wissenschaftsrates siehe Kasten)

Allerdings änderte sich mittlerweile die Aufgabe des Wissenschaftsrates. Er soll nicht mehr bloße Orientierungsdaten für den Ausbau der personellen und materiellen Strukturen der Hochschulen entwickeln, sondern, um eine wissenschaftliche Ausbildung zu garantieren, die der Entwicklung der westdeutschen Industrie gerecht werden kann, sind nunmehr Pläne für die grundlegende Umgestaltung der Hochschulausbildung zu erarbeiten.

Die etwa noch 1966 vom Wissenschaftsrat geplanten rigiden Maßnahmen zur

Schaffung von Kurz- und Langstudiengängen mit Hilfe eines forcierten Ausbaus bestehender Fachhochschulen werden heute von demselben Gremium bereits wieder kritisiert: Die notwendige Vereinheitlichung berge die Gefahr in sich, Freiräume und Einzelinitiativen zu beschneiden.

### Über die Neuorganisation der Universitäten zur Gesamthochschule

Als einen ersten Schritt zur völligen Umgestaltung der Humboldtschen Universität schlug der Wissenschaftsrat die Aufhebung der Trennung zwischen akademischer und wirtschaftlicher Verwaltung der Hochschulen vor. In den neuen Hochschul- und Universitätsgesetzen, so auch in Hessen, wurde dieser Vorschlag durchweg aufgegriffen. Dabei wurden gleich eine Reihe von Aufgaben, die zuvor in den Bereich der Selbstverwaltung fielen und dadurch sehr häufig zu einem naturwüchsigen Nebeneinander in der Hochschulplanung führten, vom Staat übernommen. Die wirtschaftliche Entwicklung und damit unlösbar verbunden die technologische ist bei weitem zu komplex geworden, als daß die Investitionstätigkeiten in Forschung und Ausbildung von

den Hochschulen selbst gesteuert werden könnten. Dem Staat als gesamtökonomischen Planer und Sicherer privater Profite fällt diese Aufgabe im Spätkapitalismus zu. Die Hochschule selbst erhält im wesentlichen die Funktion der Meldetätigkeit nach oben, hin zur Staatsbürokratie. Daher die „Stärkung“ der Hochschulsitze (als Datensammler und Innovationsbarometer) in Form der Präsidialverfassung. Der weitere Schritt ist die Zusammenlegung der Fachhochschulen und Universitäten zu Gesamthochschulen. Der Wissenschaftsrat hält sie für „die Organisationsform, die dem in Zukunft zu erwartenden Anforderungen gerecht werden kann.“ Diese neue Form wissenschaftlicher und angewandt-wissenschaftlicher Ausbildung muß im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Schulausbildung in eine Gesamtschulausbildung und deren Unterteilung in Primar- und Sekundarstufe I und II gesehen werden. Die verschiedenen Studiengänge, so wie sie derzeit bestehen, sollen aufgehoben und durch neue ersetzt werden:

*„In Konsequenz der Umgestaltung des Sekundardarschulbereichs muß mit der Notwendigkeit von Ausbildungsgängen, die weniger als drei Jahre dauern, gerechnet werden. Inhaltliche Bestimmungen werden sich im einzelnen aber erst im Zusammen-*

### ... es fehlen die Beziehungen



**Dissertationen**  
Broschüren-Nachdrucke  
aller Art von A 4 auf A 5 **druckt**

**BÖNECKE**  
3392 Clausthal-Zellerfeld  
Fach 29 Ruf 05323/5 25

bei Expl.	DMpro S.	bei Expl.	DMpro S.
10	2,20	200	3,15
50	2,40	300	3,35
100	2,75	500	5,10

● Raster billigst! ● Angebot anford.

hang mit der konkreten Umgestaltung des Sekundarschulbereichs treffen lassen.

Aus den Überlegungen zur Umgestaltung der Ausbildungsgänge sind folgende Ergebnisse hervorzuheben:

- Die Vorstellung, die Ausbildungsgänge im Hochschulbereich schematisch in Kurz- und Langstudien unterteilen oder durchgängig konsekutiv anordnen zu können, hat sich als unrealistisch erwiesen. Die Differenzierung der Ausbildungsziele und die ihnen entsprechende Zuordnung der Ausbildungsinhalte führt in den einzelnen Fachgebieten zu unterschiedlichen Gestaltungen. Zunehmende Bedeutung gewinnen Mischformen, bei denen nach einem gemeinsamen zugleich der Orientierung dienenden Grundstudium die weitere Ausbildung teils in kürzeren, besonders praxiszugewandten, teils in längeren, vorwiegend theoretisch ausgerichteten Studienabschnitten fortgesetzt wird. Die Gesamtdauer eines Studienganges kann allein vom Ausbildungsziel und den zum Erreichen dieses Zieles notwendigen Studieninhalten abgeleitet werden.
- Die Differenzierung der Ausbildungsziele führt zu neuen Studiengängen und eröffnet neue Ausbildungsmöglichkeiten.
- Die Revision der Ausbildungsziele und Ausbildungsinhalte trägt dazu bei, die bisher häufig bis zu gegenseitiger Abschottung reichende Trennung zwischen verschiedenen Ausbildungsgängen innerhalb eines Gebietes zu überwinden. Für die Durchlässigkeit und vor allem für eine auf Einigung und Leistung gegründete Entscheidung über das Weiterstudium bietet die konsekutive Anordnung besonders günstige Voraussetzungen.

(Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Struktur und zum Ausbau des Bildungs-

wesens im Hochschulbereich nach 1970; Band 1 S. 64)

Hier wird das Interesse an der Minimierung von Reibungsverlusten und der Herabstufung Nichtanpassungswilliger oder -fähiger deutlich. Der Grundgedanke zur Neugestaltung der Studienpläne ist das zweijährige Grundstudium aller Studenten. Dann folgt entweder ein einjähriges praxisorientiertes oder ein zweijähriges theorieorientiertes Studium, „wobei auch die Ergebnisse der Zwischenprüfungen eine Rolle spielen werden.“ (Wissenschaftsrat, S. 207, Bd. 2) Daneben besteht ein vierjähriges Lehrstudium und ein 4–6jähriges Studium (für wen?). Zusätzlich gibt es für alle Studiengänge außer dem dreijährigen die Möglichkeit eines Aufbaustudiums für Studenten, deren „wissenschaftliches Vorhaben einen wichtigen Beitrag zur Forschung erwarten läßt und deren Studien- und Prüfungsleistungen eine besondere Befähigung für wissenschaftliche Arbeit erkennen lassen“

(§ 2 Abs. 1 Graduiertenförderungsgesetz). Ein gemeinsames Grundstudium soll sowohl für bisherige Ingenieur- und TH-Studenten als auch für Studenten verwandter Fachrichtungen eingerichtet werden. Damit wird die Fungibilität der Studenten und auch die Möglichkeit späterer Umschulung unter anderem im Rahmen des geplanten Kontaktstudiums erhöht.

### Zulassung zum Studium

Diese neue Organisation des Studiums mit der Möglichkeit, Studenten, die in theorieorientierten Studiengängen scheitern, wenigstens noch in praxisorientierter Ausbildung zu „verwerten“, erfordern natürlich veränderte Inhalte für die Schulbildung. Dazu der Wissenschaftsrat:

„Die bisherigen, auf die Studierfähigkeit ausgerichteten Curricula werden durch weitere, darunter gerade auch praxisbezogene ergänzt. Die neuen Curricula erstrecken sich z. B. auf unspezialisierte Grundkenntnis für Berufe in Technik, Wirtschaft und Verwaltung sowie in den Anwendungsbereichen und Pädagogik, Psychologie und Soziologie, auf wenig gepflegte Fremdsprachen, wie z. B. Russisch. In entsprechend veränderter Form werden

außerdem in die Sekundarstufe II die Ausbildungsfunktionen einbezogen, die bisher durch spezielle und von den Gymnasien abgesetzte Bildungseinrichtungen wahrgenommen werden (Berufsschulen und betriebliche Lehre, Berufsaufbau-, Berufsfach-, Fach-, Fachober- und höhere Fachschulen). In diesen Zusammenhang gehört auch der Vorschlag der Bildungskommission, integrierte und differenzierte Gesamtschulen — zunächst versuchsweise — einzurichten. Die Curricula des inhaltlich erweiterten Lernangebots der Sekundarstufe II gliedern sich in Pflicht- und Wahlfächer. Auf diese Weise kann jeder Schüler die von ihm gewünschten Schwerpunkte bilden und besondere Qualifikationen anstreben. Für bestimmte Ausbildungsgänge des Hochschulbereichs können studienspezifische Leistungsgebiete und Leistungsgrade festgelegt werden.“

(Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Struktur und zum Ausbau des Bildungswesens nach 1970; Band I, S. 43). Grundsätzliche Voraussetzung für die Zulassung zum Studium soll der Abschluß der Sekundarstufe II sein. Jedoch gilt dieses quasi „fachspezifische“ Abitur nur, wenn:

- a) die Zahl der Studienbewerber die der Studienplätze nicht übersteigt,
- b) der Besuch der studienbezogenen Kurse in den Pflichtfächern sowie
- c) die Teilnahme an den für bestimmte Studiengänge festgesetzten studienspezifischen Leistungsgebieten nachgewiesen wird,
- d) die für die Pflichtfächer und die Leistungsgebiete festgesetzten Leistungsgrade erreicht worden sind.

Für Numerus clausus-Fächer soll die Auswahl der Bewerber durch ein zentrales Testinstitut erfolgen.

**1. Die Schulpolitik der Nachkriegsperiode** war gekennzeichnet durch den restaurativen Aufbau des aus dem 19. Jahrhundert stammenden dreigliedrigen Schulsystems. Seit Mitte der sechziger Jahre wird diese Handwerkelei zunehmend ersetzt durch eine langfristige ‚liberal-aufgeschlossene‘ Bildungsplanung. Diese Änderung ist nicht zu verstehen aus intellektueller Einsicht in die Unmenschlichkeit des alten Bildungssystems, sondern nur interpretierbar als Folge der sich verändernden sozio-ökonomischen Verhältnisse. Die ständig fortschreitende Konzentration des Kapitals erfordert eine Veränderung der Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte und damit eine Veränderung der Ausbildung. Die Diskussion um die Gesamtschule ist beispielhaft geeignet, diesen Prozeß zu analysieren und damit Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

### Zur 1. These

Ausbildung war und ist das Instrument der Herrschenden, um ihre Interessen langfristig sichern zu können. So schrieb Friedrich II. vor fast 200 Jahren über die Schulen ‚fürs niedrige Volk‘:

*„Für junge Leute ist es auf dem platten Lande genug, wenn sie ein bißchen Lesen und Schreiben lernen, wissen sie aber zu viel, so laufen sie in die Städte (...). Deshalb muß man auf dem platten Lande den Unterricht der jungen Leute so einrichten, daß sie das Notwendige, was zu ihrem Wissen notwendig ist, lernen, aber auch in der Art, daß die Leute nicht aus den Dörfern weglaufen, sondern hübsch dableiben.“<sup>1)</sup>*

Heute werden die vergleichbaren Interessen in anderen Worten reproduziert; der deutsche Bildungsrat schreibt in seiner Hauptschulempfehlung über die Auswahl des zu behandelnden Stoffes, daß sie

*„um so fruchtbarer sein (wird), je mehr sie sich nach dem richtet, was der früh in die Arbeitswelt eintretende und später meist im praktischen Beruf tätige Mensch an geschichtlichem Wissen in unserer ... Wirtschaft, in Staat ... und seiner Kirche braucht.“*

Den Zusammenhang von Schule und Herrschaft analysiert bereits der Sozialdemokrat Wilhelm Liebknecht vor 100 Jahren treffend mit den Worten: „Es hat noch nie eine herrschende ... Klasse gegeben, die ihr Wissen und ihre Macht zur Aufklärung, Bildung, Erziehung der Beherrschten benutzt und nicht im Gegenteil, systematisch ihnen die ... Bildung, welche frei macht, abgeschnitten hätte.“<sup>2)</sup>

Zu fragen ist also, welche ökonomische Entwicklung die BRD nach der Zerschlagung des Faschismus genommen hat, um so die das Bildungssystem bedingenden Grundvariablen zu verstehen. Während bis zur Schließung der Grenze in Berlin 1961 die bundesrepublikanische Wirtschaft ständig mit hochqualifizierten Facharbeitern ‚versorgt‘ wurde, außerdem die bundesrepublikanische Wirtschaft geprägt war durch ein noch immer relativ hohes Ausbildungsniveau der Arbeitskräfte einerseits, fehlende Kapitalinvestition andererseits, ändert sich die Situation nach 1961 insofern, als

man die langfristige Profitsicherung nicht mehr völlig der Willkür der aus dem 19. Jahrhundert unverändert übernommenen Schulorganisation überlassen konnte. Stärkere Effektivität und berufsbezogene Bildungsinhalte mußten durch eine neue Schulorganisation gewährleistet werden. Gleichzeitig bot eine Weiterbildung durch die resultierende Mobilität der Arbeitskräfte die Möglichkeit, Engpässe auf dem Arbeitsmarkt zu überbrücken. Die ständig steigende Kapital- und Vermögenskonzentration in der westdeutschen Industrie – 1960 verfügten 1,7% aller Haushalte über 70% des gesamten Betriebs- und Kapitalvermögens und EIN PROMILLE aller Haushalte noch über 43% des Kapitalvermögens<sup>3)</sup> – ließ und läßt es den ökonomisch Herrschenden notwendig erscheinen, die sich verändernden ökonomischen Verhältnisse (keine billigen Arbeitskräfte aus der DDR, stärkere internationale Konkurrenz, weitere Aufrechterhaltung des bisher von den Abhängigen erarbeiteten Mehrwert) aufzufangen und langfristig über Bildungsplanung den bisherigen Status quo ihrer Herrschaft zu sichern. Dazu bedarf es eines Schulsystems, welches genau diesen Interessen entspricht.

Fortsetzung Seite 14

*Men like its  
flavor  
Women  
love its aroma*

**RUM**  
*and*  
**MAPLE**

**2.50**

**PIPE  
MIXTURE**

Gratismuster \*PLANTA\* Berlin 61

2. Kernstück dieser Bildungsreform ist die Gesamtschule. Die gesellschaftlichen Voraussetzungen für die Gesamtschule sind einerseits die Anforderungen der ökonomisch Herrschenden, andererseits der Versuch der politischen Machthaber, radikaldemokratische Bildungskonzepte für die kapitalistische Leistungsgesellschaft zu funktionalisieren. Zwar stehen Forderungen wie ‚Durchlässigkeit des Kurssystems‘ oder ‚effektive Schulorganisation‘ in keinem Verhältnis zu den Möglichkeiten – gemessen an dem Stand der Produktivitätskräfte und dem gesellschaftlichen Reichtum –, stellen aber gegenüber dem traditionellen Schulsystem einen Fortschritt im Hinblick auf Aufklärung und Bewußtseinsbildung dar.

### Zur 2. These

War die Gesamtschule zwar projektiert, um reale Chancengleichheit, Demokratisierung der Schulbürokratie und menschliche Ausbildungsmöglichkeiten durchzuführen, so zeigte sich sehr schnell im Stadium der Entwicklung, daß diejenigen, die jetzt bei den oben geschilderten ökonomischen Notwendigkeiten den Ruf nach Gesamtschulreform aufnahmen, gerade dies verhindern wollten. Nicht Demokratisierung, sondern Steigerung der Effektivität, nicht reale Chancengleichheit, sondern ‚Ausschöpfen von Begabungsreserven‘ – sprich Bildung von weiten Kreisen auf einen besser verwertbaren Wissensstand – wurde zur Realität. Angriffe gegen den Auslesemechanismus der traditionellen Schule sollten mundtot gemacht werden, da scheinbar jedem die Möglichkeit geboten wurde, durch seine Leistung sich zu legitimieren, ohne daran zu denken, daß gerade das Leistungsdenken eine typische klassengebundene Wertnorm und Verhaltenseinstellung ist. Somit stellt sich die Gesamtschule dar als ein noch weniger durchschaubarer Mechanismus, um die herrschenden Interessen zu realisieren.

Umgekehrt allerdings, und dies wird von Kritikern meist übersehen in einer euphorisch-pädagogischen Revolutionstheorie, bietet dieser neue Schultyp verbesserte Möglichkeiten der Bewußtseinsveränderung. Es zeigt sich, daß die Hinwendung zu liberaleren Schulmodellen im dialektischen Wechselspiel Möglichkeiten der progressiven Schulgestaltung notwendigerweise produziert. Beispielsweise bringt die Institutionalisierung von Diskussion als formales Unterrichtsprinzip die reale Verhinderung von Einflußnahme mit sich (was beabsichtigt ist), kann aber auch eine Voraussetzung für herrschaftsfreie Kommunikation sein, die nicht nur theoretisch bleibt; dies allerdings ganz im Gegensatz zu den Interessen der Urheber.

3. Von daher ist Widerstand gegen die Gesamtschule – im Sinne einer Verhinderung – gleichbedeutend mit notwendigem Scheitern und deswegen unpolitischer Utopismus. Es gilt, sich dieser Situation „anzupassen“, das heißt in einer Form des subversiven Widerstands die verbesserten Agitations- und Aufklärungsmöglichkeiten der Gesamtschule auszunutzen und partielle Freiheiten über das von den Herrschenden zugestandene Maß auszudehnen. Darüberhinaus bilden die aus dem technologischen Kompromiß entstehenden Widersprüche innerhalb der Gesamtschule die Grundlage einer Analyse der sie bedingenden ökonomischen Widersprüche.

### Zur 3. These

So stellen sich Anpassung (verstanden als subversiver Widerstand) und Widerstand (verstanden als Verweigerung einer wie immer gearteten Anpassung) dar als die zwei Seiten ein und desselben Dinges, nämlich des Kampfes gegen die bestehende ökonomische und politische Ordnung. Strategie und Taktik dieses Kampfes entwickeln sich aus der angeführten Dialektik des Widerstandes, wobei je nach der konkreten Analyse der Entwicklung des Kapitals die eine oder die andere Seite überwiegen kann. Es hat also keinen Zweck, alle Forderungen des Kapitals ablehnen und bekämpfen zu wollen; schon allein wegen der in These 2 angeführten Ambivalenz solcher Forderungen. Vielmehr müssen solche Veränderungen unterstützt, möglicherweise sogar schon thematisiert werden, bevor das Kapital das tut, und schließlich über die vom Kapital intendierten Grenzen weitergetrieben werden, bis sie sich gegen ihre Urheber richten. In der Gesamtschule konkretisiert sich das dahingehend, daß der Widerspruch zwischen der postulierten Chancen-

**„REISEBÜRO DARMSTADT“**  
SULZMANN + MÜLLER  
*Luisenplatz 1*  
Telefon: 7 03 21 u. 7 72 82  
IN BENSHEIM: BAHNHOFSTRASSE 14 · TEL. 0 62 51 / 2291

gleichheit und der tatsächlichen Reproduktion der Ungleichheit durch Leistungskurse sich wiederfindet in dem gesellschaftlichen Widerspruch zwischen einer notwendigen Höherqualifizierung der Lohnabhängigen zum Zweck der Weiterentwicklung der Produktionsmittel und der Verweigerung von Besitz an und Verfügungsrechten über eben diese Produktionsmittel.

Von daher kann dieser grundlegende Antagonismus des Kapitalismus gegen den Willen der Gesamtschulplaner selbst Thema des Unterrichts werden, indem Anspruch und Wirklichkeit kritisch gegenübergestellt und zurückgeführt werden auf die angeführten ökonomischen Ursachen.

**4. Aus diesem Beispiel der Gesamtschule lassen sich folgende handlungsrelevante Schlüsse ziehen: Individuelle Versuche, zugestandene Freiheitsräume zur sozialistischen Aigation auszunutzen oder sie zur erweitern, ziehen schärfste Sanktionen der Verwaltungsbürokratie notwendigerweise nach sich.**

**SOLIDARISCHE AKTIONEN und SUBVERSIVER WIDERSTAND stellen in der gegebenen historischen Situation der technokratischen Reformen die einzige Möglichkeit dar, antikapitalistische Politik in Schulen und Hochschulen zu betreiben, ohne märtyrerhaft und damit unpolitisch zu scheitern.**

### Zur 4. These

Es häufen sich in letzter Zeit Meldungen, denen zufolge radikaldemokratische Lehrer aus Schul- und Hochschuldienst entfernt wurden; es handelte sich jedoch immer nur um Einzelpersonen, eine Entlassung von mehreren Lehrern gleichzeitig kann sich wegen der selbstzeugten Lehrermangelhysterie keine Kultusministerbürokratie leisten. Daraus ergibt sich zwingend die Notwendigkeit für alle demokratischen und progressiven Kräfte, solidarisch zu handeln und aufzutreten bzw. sich immer der Zustimmung der Basis zu versichern. Diese Form des subversiven Widerstandes bedeutet auch mühsame Arbeit in Gremien und Institutionen, wechselnde Koalitionen auf Zeit sowie die aufmerksame Analyse der Meinungen und Stimmungen relevanter Gruppen.

Bei offen reaktionären Erscheinungen im Bildungswesen, die auch im technokratischen Zeitalter aufgrund der Ungleichzeitigkeit in der kapitalistischen Entwicklung weiter ungebrochen existieren, wäre subversiver Widerstand allerdings fehl am Platze:

Für alles reaktionäre gilt, daß es nicht fällt, wenn man es nicht niederschlägt.

<sup>1)</sup> Beck u. a., Erziehung in der Klassengesellschaft, München 1970 S. 91.

<sup>2)</sup> Rolff, in: Hartfiel u. a., Kritik 1, Die autoritäre Gesellschaft, Köln 1970, S. 97.

<sup>3)</sup> Huffschild, Die Politik des Kapitals, Frankfurt 1969, S. 31.



# Ausländerstudium und Kulturimperialismus

**Die letzte Ausgabe der dsz befaßte sich mit der ökonomischen Unterdrückung und Ausbeutung der Dritten Welt. Hier wird man nun die Funktion des Studiums ausländischer Studenten in der BRD im Rahmen des Systems internationaler Unterdrückung dargestellt. Dazu sind die Aufgaben der verschiedenen zur Regelung des Ausländerstudiums geschaffenen Institutionen untersucht.**

Gegenwärtig studieren ungefähr 26 000 ausländische Studenten an Hochschulen der Bundesrepublik. Am stärksten vertreten sind die Länder Persien, Griechenland, USA und die Türkei. Der Anteil aller ausländischen Studenten an der Gesamtzahl der Studierenden, der vor einigen Jahren noch bei 10% lag, ist auf 6,5% abgesunken, sowohl Folge eines immer schärfer werdenden Numerus clausus als auch der abschreckenden Wirkung des geringen Studienerfolgs von Ausländern; die letzten verfügbaren Zahlen sprechen von nur 26%, die ihr Studium erfolgreich abschließen.

Die Bundesrepublik startete gegen Mitte der 50er Jahre vor allem in der Dritten Welt eine „diplomatische Offensive“, die Ausländer in verstärktem Maße für ein Studium in Westdeutschland interessieren sollte. Dazu war es notwendig, minimale Zulassungsbedingungen mit hohen materiellen Anreizen in Form von Stipendien zu koppeln.

## **Bildungshilfe zur Schaffung abhängiger Nationen**

Hinter dem scheinbar so großzügigen Angebot eines kapitalistischen Landes, seine Ausbildungsstätten Ausländern zur Verfügung zu stellen, steht nicht der Wunsch, die Lage der großen Masse der Bevölkerung in der Dritten Welt zu verbessern — dies wäre höchstens ein Nebeneffekt des Widerspruchs zwischen kurz- und langfristigen Kapitalinteressen der imperialistischen Länder — sondern dies Angebot muß als der Versuch gesehen werden, den eigenen Einfluß in diesen Ländern für die Zukunft abzusichern. Diese Bildungshilfe dient demnach als eine besondere Form der Entwicklungshilfe mehr der Selbsterhaltung der gebenden Nation als den Empfängern. Dazu ein Zitat des Wirtschaftsredakteurs der „ZEIT“, Diether Stolze:

*„Wenn wir heute Entwicklungshilfe gewähren, so helfen wir uns deshalb auf lange Sicht selber. Mit wachsendem Wohlstand in der Dritten Welt wachsen auch die Chancen der alten Industrienationen, dort einst aufnahmefähige Märkte und potente Lieferanten zu finden.“*

Hieraus läßt sich die Qualität kapitalistischer Entwicklungshilfe ableiten, die unter dem Zwang zur Profitmaximierung gerade keine Projekte unterstützt, die den objektiven Erfordernissen des jeweiligen Landes entsprechen und ökonomische Unabhängigkeit fördern. Vielmehr werden die Entwicklungsländer in erster Linie zu konsumfreudigen Märkten aufgebaut, die aufgrund der Manipulation der Weltmarktpreise für ihre immer billiger werdenden Rohstoffe zunehmend weniger industrielle Fertigprodukte aus den hochentwickelten Ländern erhalten.

Eine spezifische Form von Entwicklungshilfe ist die Bildungshilfe in Form von Auslandsstudien. Im Rahmen des „Kalten Krieges“, der um die Mitte der 50er Jahre auch von der Bundesrepublik besonders in den Entwicklungsländern auf diplomatischer, kultureller und ökonomischer Ebene betrieben wurde und zu dessen formaler Absicherung das Instrument „Hallstein-Doktrin“ geschaffen worden war, erkannte man, daß langfristig eine Beeinflussung der kommenden Führungsschichten dieser Länder nur durch eine stärkere Identifikation der Oberklassen mit westlichen „Kulturwerten“ erreicht werden konnte.

In den Entwicklungsländern selbst wurde die Propagandaeinrichtung Goethe-Institut aufgebaut, die eine größere Breitenwirkung in den Ober- und Mittelschichten hat, deren Sprachkurse aber gleichzeitig spätere Auslandsstudenten auswählen sollen. Dieser Selektionsmechanismus wird ergänzt durch die Tatsache, daß die Studenten, die ein Stipendium des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) erhalten, von den Regierungen ihrer Heimatländer ausgewählt werden, auch wenn diese offensichtlich faschistische Diktaturen sind. Auf diese Weise müssen sie schon vor Beginn ihres eigentlichen Studiums ihre doppelte Anpassungsfähigkeit beweisen: einmal in den Sprachkursen der Goethe-Institute, zum anderen an die Politik ihrer eigenen Regierungen.

In dem Artikel „Das Ausländerstudium und die Bundesrepublik“ in der Deutschen Universitäts-Zeitung vom April 1961 beschreibt Dr. Otto Schäfer sehr anschaulich, welche Aufgaben das Ausländerstudium zu erfüllen hat und welche Erwartungen die ausbildenden Länder damit verknüpfen:

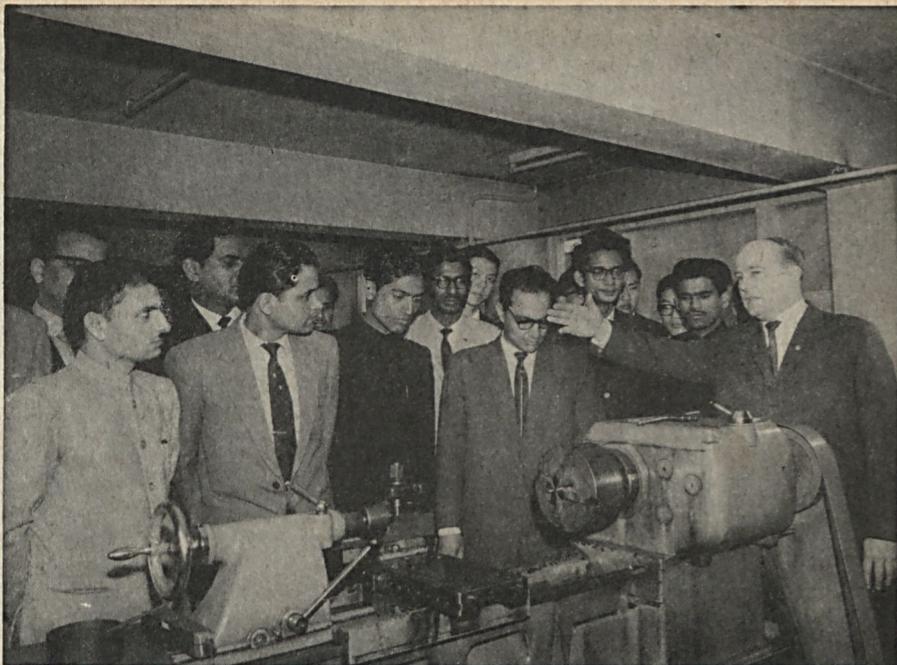
„Was die Ausländer brauchen, ist das Verständnis unserer Sprache, das Verständnis für das Werden dieses Europas und seiner die Welt erfassenden Technik, Wirtschaft und Organisation, ist das Verstehen und die Kenntnis ihres Funktionierens und das Verständnis für die Übertragung der technisch-kapitalistischen Organisationsformen auf ihre Welt. Dringender als alle andere Hilfe brauchen die neuen Staaten und Völker Bildungshilfe. Sie ist die wirksamste und billigste Entwicklungshilfe.

Es handelt sich um die Erteilung eines ausreichenden Sprachunterrichtes für den Erwerb der Gelehrtenhochsprache und die Grundlagen der verschiedenen Fachsprachen, die Erweiterung der Grundkenntnisse in den verschiedenen Studienrichtungen, die Mitteilung und Übung der Denk- und Arbeitsweise der kapitalistisch-technischen Welt und der deutschen Hochschulen im besonderen, die Erweckung des Verständnisses für dieses Werden und die Bedingungen der europäischen und deutschen Kultur, endlich das Verständnis der Lage des eigenen Volkes und seines Verhältnisses zu kapitalistisch-technischen Lebensformen. . .“

Das bedeutet: **Den ausländischen Studenten werden wissenschaftliche Methoden vermittelt, die allein auf kapitalistische Gesellschaftsformen zugeschnitten sind und in keiner Weise den Entwicklungsstand und die Entwicklungsmöglichkeiten ihrer Herkunftsländer berücksichtigen.** Da es keine speziellen Studienangebote für Ausländer gibt, ist ihr Studium, wie der Verband Deutscher Studentenschaften in seinem Ausländerprogramm feststellt

„ausgerichtet auf die Bedürfnisse eines hochentwickelten Landes nach Spezialisierung und Automatisierung in den technischen Fächern und der Betriebswirtschaft, nach Regelungsmechanismen kapitalistischer Gesellschaften in der Ökonomie und den Gesellschaftswissenschaften, auf die sogenannten Zivilisationskrankheiten in der Medizin.“

Die Studenten werden vorbereitet für eine Rolle innerhalb der Bourgeoisie, die in den Entwicklungsländern die Interessen der ausländischen Unternehmen vertritt, der Kompradorenbourgeoisie. Sie werden mittlere technische Kader in den rohstoffexportierenden Monopolunternehmen oder Führungskräfte in Absatz- und Handelsgesellschaften imperialistischer Länder in ihren Herkunftsländern.



„Meine Herren, die deutsche Industrie . . .“

Um Störungen des Anpassungsprozesses während des Auslandsstudiums zu vermeiden, muß allerdings sowohl die kritische Reflexion des vermittelnden Wissens und der wissenschaftlichen Methoden als auch das Bewußtwerden der politischen Lage der Heimatländer verhindert werden. Das erste wird weitgehend durch ein unkritisches, auf Anpassung abzielendes Universitätsstudium geleistet. Das zweite, die Reflexion der politischen Lage der Heimatländer, die besonders bei Ausländern aus offen faschistischen Ländern erwartet werden muß, wie zum Beispiel Indonesien, Persien, Spanien oder Griechenland, versucht man direkt zu unterbinden.

### **BRD-Ausländergesetz stempelt Ausländer zu Menschen 2. Klasse**

Als legales Instrument zur Verhinderung dieser Politisierungstendenzen dient das Ausländergesetz von 1965, in dem die politische Betätigung des Ausländers erheblich eingeschränkt und das außerdem von den Ausländerbehörden noch beliebig ausgelegt wird. Paragraph 6 Absatz 2 lautet:

„Die politische Betätigung von Ausländern kann eingeschränkt oder untersagt werden, wenn die Abwehr von Störungen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung oder von Beeinträchtigungen der politischen Willensbildung in der Bundesrepublik Deutschland oder sonstige erhebliche Belange der BRD es erfordern.“

Weiter wird die Aufenthaltserlaubnis, die als ein Gnadenakt angesehen wird, mit repressiven Auflagen und Beschränkungen versehen. Der Ausländer kann ausgewiesen werden, wenn seine Anwesenheit „erhebliche Belange der BRD . . . beeinträchtigt.“ Das Asylrecht wird im Widerspruch zum Grundgesetz, also verfassungswidrig eingeschränkt; die Ausweisung und Abschiebung auch desjenigen Ausländers ist „aus schwerwiegenden Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ vorgesehen, der wegen politischer Verfolgung hier Asylrecht genießt; wenn der Ausländer

„aus schwerwiegenden Gründen als eine Gefahr für die Sicherheit anzusehen ist, oder . . . eine Gefahr für die Allgemeinheit bedeutet, weil er wegen eines besonders schweren Verbrechens rechtskräftig verurteilt wurde“,

kann er sogar abgeschoben werden „in einen Staat, in dem sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht ist.“

In dem führenden Ausländergesetz-Kommentar erläutert der Verfasser einige im Gesetz verwendete Begriffe folgendermaßen:

1. Was sind erhebliche Belange der BRD? Es sind solche Belange, „die die innere und äußere Sicherheit und Ordnung der BRD und ihrer Länder, ihre Beziehungen zum Ausland, die deutsche Wirtschaft, die öffentliche Sicherheit und Ordnung, die Volksgesundheit und die Sittlichkeit beeinträchtigen.“

„Was die Ausländer brauchen, ist das Verständnis unserer Sprache, das Verständnis für das Werden dieses Europas und seiner die Welt erfassenden Technik, Wirtschaft und Organisation.“

2. Störung der öffentlichen Ordnung.  
„Störung der öffentlichen Ordnung ist beispielsweise bei Agitation in Betrieben der Wirtschaft und Industrie gegeben (zum Beispiel Aufhetzung oder Verhetzung ausländischer Arbeitnehmer mit klassenkämpferischen Parolen zur Störung des Arbeits- und Betriebsfriedens, Verteilen von Flugblättern und Broschüren vor Universitäten oder in verkehrsreichen Straßen).“

Schon diese beiden Beispiele aus dem Kommentar zum Ausländergesetz illustrieren, wie total das Instrument Ausländergesetz zur politischen Disziplinierung eingesetzt werden kann und ständig eingesetzt wird. Es überrascht dann auch nicht mehr die Begründung eines Ausweisungsbeschlusses gegen den Argentinier Daniel Basi aus Freiburg, er gehöre „zu dem Kreis der aktiven und radikal veranlagten Demonstranten . . . , die unter Umständen auch nicht vor Tätlichkeiten zurückschrecken.“

Für jeden Ausländer gilt formal das Grundrecht, gegen solch einen Ausweisungsbeschuß Rechtsmittel einzulegen. Dies wird ihn unter Umständen aber nicht davor bewahren, die Entscheidung über seinen Protest erst in einem heimatischen Gefängnis zu erfahren. Im Ausländergesetz-Kommentar findet man dazu folgenden denkwürdigen Satz:

„Das Recht des einzelnen auf wirksamen Rechtsschutz wird nicht dadurch verletzt, daß die Abschiebung sofort, also ohne Androhung und vorherige Fristsetzung zwangsweise durchgeführt wird und ihm dadurch möglicherweise keine ausreichende Zeit zur Erlangung des ihm an sich zustehenden Rechtsschutzes verbleibt.“

Die Folgen dieser absurden Logik sind Zynismus und offene Gewalt. Der persische Student Tahéri aus Frankfurt konnte seine Abschiebung nach Persien nur noch durch einen Selbstmordversuch auf dem Flughafen verhindern.

### Ausländische Überwachungseinrichtungen in der BRD

Das Ausländergesetz ist also das Mittel, mit dessen Hilfe die Bundesrepublik ihre Interessen gegenüber dem Ausländer durchsetzt. Welche Möglichkeiten haben aber die Regierungen der Herkunftsländer, um ihre Studenten im Ausland politisch zu disziplinieren?



Die meisten Botschaften verfügen über besondere Studentenabteilungen, die, häufig von Geheimdienst- oder Armeedirektoren geleitet, die politische Überwachung vornehmen. Das erste Mittel sind besondere „Verordnungen für Studenten im Ausland“, die wie im Fall der Türkei den Entzug der Studiengenehmigung fordern, wenn die Studenten zum Beispiel

- a) die Ehre und das Ansehen der Türkei verletzen
- b) in einer mit der Ehre und Würde eines Studenten nicht zu vereinbarenden Weise leben oder
- c) sich den Anordnungen des Beauftragten des Türkischen Unterrichts- und Kultusministeriums oder den Anordnungen der anderen türkischen Behörden im Ausland nicht unterwerfen.“

Erste Opfer dieser Verordnung wurden im Mai 1969 16 türkische Studenten, die in der Türkischen Studentenförderung Deutschlands damit begonnen hatten, unter den türkischen Gastarbeitern politische Aufklärungsarbeit zu leisten.

Das zweite Mittel ist die Gründung von regierungstreuen Studentenvereinen von Seiten der Botschaften, in denen die Ausländer teilweise Zwangsmittel werden müssen, nachdem sie Loyalitätserklärungen für ihre Regime abgegeben haben.

Das dritte Mittel ist die Überwachung durch Spitzel unter den Studenten oder durch professionelle Agenten. Die Conföderation Iranischer Studenten legte auf ihrem Kongreß in Karlsruhe im Dezember 1969 eine umfangreiche Dokumentation über das Spitzelnetz des persischen Geheimdienstes SAVAK vor,

der in Köln seit 1964 ungestört seine Europa-Zentrale unterhält.

Die Methoden, mit denen politisch mißliebige Ausländer eingeschüchtert werden sollen, gehen vom Stipendienentzug, Devisensperre über Nichtverlängerung des Passes, dessen Konsequenz die Ausweisung ist, bis zu Anschlägen bezahlter Schläger oder Mörder, wie im Fall des vom persischen Presseattaché in Berlin bezahlten Persers, der während des Schahbesuchs den in Berlin lebenden Perser Nirumand ermorden sollte.

### Die Auslandsämter der Universitäten

Daß die Studenten vom Auswärtigen Amt und Geheimdiensten auch tatsächlich in den Universitäten erreicht werden, das garantieren die Auslandsämter, die an den meisten Hochschulen eingerichtet sind.

Für die ausländischen Studenten ist das Auslandsamt die größte Autorität, die einerseits für sie als Wohltäter erscheint, vor der sie andererseits aber zittern. In der Tat entscheidet das Auslandsamt über alle lebenswichtigen Fragen der ausländischen Studenten. Es regelt die Zulassung zum Studium, überwacht seine Zulassung zum Studium, überwacht seinen Verlauf, vergibt Stipendien und erzieht zur Anpassung. Diese Tätigkeit bezeichnet das Auslandsamt selbst als „Betreuung“.

Wie sieht diese Betreuung in der Praxis aus?

Der Begriff ist aus der Sozialfürsorge entlehnt. Allein der Begriff der Betreuung impliziert schon Diskriminierung,

die dann durch die praktische Durchführung ersichtlich wird. Die für die Betreuungs-Veranstaltungen erforderlichen finanziellen Mittel beziehen die Auslandsämter vom Auswärtigen Amt, das Richtlinien für die Betreuung erlassen hat; finanziert werden Einführungs-treffen, Freizeitveranstaltungen, Ferienkurse und Studienreisen innerhalb der BRD. Mit Vorliebe gestaltet das Auslandsamt Bier-, Wurst- und Lächelabende, sowie Wirtinnennachmittage und Weih-nachtsfeste, deren religiöse Missionie-ungsabsichten nicht zu übersehen sind.

Durch diese Politik der unpolitischen Veranstaltungen werden die ausländischen Studenten im Sinne der in dieser Gesellschaft gewünschten Trennung von repressivem Studium und konsumorientierter Freizeit von den brennenden Problemen ihrer Heimatländer ständig abgelenkt. Ein lateinamerikanischer Student aus Münster sagt dazu folgendes:

„Daß eine gezielte Bevormundungspolitik existiert, beruht auf der Tatsache, daß das Auslandstudium für die Bundesrepublik dazu dienen soll, diese Ausländer, die meistens aus der einheimischen Bourgeoisie entstammen, später als potentielle Alliierte gegen die emanzipatorischen Bestrebungen der Völker der Dritten Welt zu haben. Wir sind überzeugt, daß die von den akademischen Stellen befreite Tätigkeit der ausländischen Studenten ein erhöhtes Bewußtsein schaffen wird.“

### Verbot politischer Betätigung

Hieraus erklärt sich das Verbot der politischen Betätigung. Ausländische Studenten, die öffentlich Kritik an bestimmten gesellschaftlichen und politischen Gegebenheiten üben, werden Diskriminierungen und politischen Gegebenheiten ausgesetzt. Gerechtfertigt wird das durch die Richtlinien für ausländische Studierende, die von der Westdeutschen Rektoren-Konferenz 1962 verabschiedet wurden:

„Studentische Vereinigungen von Ausländern, die ihre Zulassung als akademische Vereinigung an einer Hochschule begehren, oder bereits zugelassen sind, dürfen ihrer Satzung oder den Tatsachen nach weder sich in die Politik ihres Gastlandes einmischen,

*noch sonst durch Austragen politischer Meinungsverschiedenheiten — insbesondere ihrer Heimatpolitik — das Gastland in Mitleidenschaft ziehen.“*

Der Rektor der Universität Münster verbot einem arabischen Studenten das Abziehen eines Flugblattes auf Universitätsgelände, durch das dieser Student deutsche Öffentlichkeit über einseitige Berichterstattung der Presse informieren wollte.

Obwohl die WRK-Richtlinien politische Betätigung ausländischer Studenten verbieten, zeigt sich in der Praxis, daß bestimmte politische Veranstaltungen von den Auslandsämtern systematisch gefördert oder sogar durchgeführt werden: Zwar versuchte das Auslandsamt Münster eine Palästinawoche zu verhindern, finanzierte jedoch zur gleichen Zeit den Vortragsabend eines regierungstreuen indonesischen Referenten über die faschistische Politik in seinem Land. Auch die alljährlichen Studienfahrten nach Berlin, deren politischer Charakter in der Besichtigung der Mauer und Vorträgen über Westberlin und die DDR erkennbar ist, werden durchgeführt. Die bewußte Manipulierung und Indoktrinierung durch solche Fahrten ist ganz klar ausgedrückt im Protokoll der Leiter der akademischen Auslandsämter vom 3. 12. 1963, in dem es heißt:

*„Daß diese Reisen nicht als Propaganda-Veranstaltungen aufgefaßt werden, hängt ab von der Geschicklichkeit der akademischen Auslandsämter bei der Vorbereitung — die im übrigen wie die Auswahl der ausländischen Studenten — sorgfältig vorgenommen werden sollte.“*

Zur politischen Repression kommt die soziale Diskriminierung, welcher der ausländische Student ohnehin ausgesetzt ist: zum Beispiel durch Verweigerung von Zimmern, von Arbeitsplätzen, durch offene Beschimpfung, die auf nichts anderem beruhen als gesellschaftlichen Vorurteilen der deutschen Bevölkerung. All das führt zu Frustrationen und Komplexen. Als Kompensation bieten sich den ausländischen Studenten nationale Vereinigungen der jeweiligen Heimatländer an. Diese nationalen Gruppen werden vom Auslandsamt gewünscht, gefördert und finanziell unterstützt, sofern sie sich nicht politisch betätigen.

### Ständige Kontrollierungen

Die Aufsplitterung in nationale Gruppen erleichtert aber dem Auslandsamt auch die Kontrolle über die ausländischen Studenten. Diese Kontrolle wird verstärkt durch Konzentration in Heimen.

**allelektrisch**

**HEAG** Hessische Elektrizitäts-AG  
Darmstadt HEAG-Haus am Luisenplatz  
Telefon 191-283

strom

Tutoren setzen die Kontrolle bis in die Privatsphäre fort. Die Überwachung des Privatlebens wird ergänzt durch die rigore Leistungskontrolle, an der auch die Botschaften beteiligt sind. Belegt wird das durch ein Protokoll einer Arbeitstagung der Auslandsämter vom 3. 12. 63 in Bad Godesberg:

*„Die Versammlung bejaht die Notwendigkeit einer Erforschung der Studiendauer und Studienergebnisse ausländischer Studenten . . .*

*. . . Außerdem müßte man starke Sicherheitsvorkehrungen treffen, um zu verhindern, daß das gesammelte Material in unberufene Hände kommt, weil ja im Grunde eine laufende Überwachung des Studienganges gegen die akademische Freiheit verstoßen würde. Man müßte dann auch für deutsche Studenten ähnliche Vorkehrungen treffen. Da aber von verschiedenen Stellen — nicht zuletzt von den ausländischen diplomatischen Vertretungen in der Bundesrepublik — der dringende Wunsch besteht, fundierte Angaben über die Studienerfolge ausländischer Studenten zu erhalten, ist ein Verstoß auf diesem Gebiet unumgänglich.“*

Studienkontrolle geht Hand in Hand mit der politischen Kontrolle, wie das Beispiel Stuttgart zeigt: Vom Akademischen Auslandsamt wurden die Namen und Adressen von allen in Hohenheim immatrikulierten griechischen Studenten in einer Liste an das griechische Generalkonsulat in Stuttgart gegeben. War sich das Auslandsamt bei den herrschenden Zuständen in Griechenland nicht klar über die Gefahr, in die es die griechischen Studenten nun brachte? In der Tat sind den ersten griechischen Studenten in Hohenheim bereits die Devisen gesperrt.

## Die Funktion der Studienkollegs

Die erste Instanz zur politischen Indoktrination des ausländischen Studienanfängers, der gerade in die BRD gekommen ist, ist das Studienkolleg, das die Hochschulreife vermitteln soll, da das Abitur in vielen Ländern dem deutschen nicht gleichgestellt ist. Das Studienkolleg ist der Gymnasialabteilung des Kultusministeriums des jeweiligen Bundeslandes unterstellt. Welche Funk-

tion das Studienkolleg zu erfüllen hat, ist einem Brief des Studentenwerkes Darmstadt vom 31. 1. 67 zu entnehmen, dessen ehemaliger Geschäftsführer Reißer (CDU) an den Vorstand des Studentenwerkes und den Vorsitzenden des Auslandsamtes Darmstadt schreibt:

*„Bei der Übernahme der Betreuung des Studienkollegs Darmstadt war neben anderen Gründen der wichtigste wohl der, die Anpassung der zukünftigen Studenten der TH an die hiesigen Sitten und Gebräuche schon möglichst frühzeitig zu bewirken.“*

Wie autoritär die Struktur des Studienkollegs ist, zeigt die Ordnung für das Studienkolleg Heidelberg. In Artikel 3 heißt es:

*„Während der Zugehörigkeit zum Studienkolleg ist die akademische Freiheit eingeschränkt.“*

Anstatt auf die eigentlichen Interessen der ausländischen Studenten einzugehen, wird bewußt versucht, sie im Sinne der Ideologie der hochentwickelten kapitalistischen Metropolen zu erziehen. Zwar hat das Studienkolleg offiziell die Aufgaben, die Sprachschwierigkeiten und Vorausbildungslücken zu beheben. Doch hat es sich nicht auf diese sinnvolle Hilfe beschränkt, sondern wurde zu einer repressiven Institution gemacht, die den ausländischen Studenten versucht, deutsche Kultur und Ideologie zu vermitteln, welche den Interessen der unterentwickelten Länder nicht entspricht. Wenn die Absolventen nach dem Studium in ihre Heimatländer zurückkehren, werden sie sich im Sinne der entwickelten Länder verhalten, was die Aufrechterhaltung der Abhängigkeit der unterentwickelten Länder von den Industrieländern zur Folge haben wird.

In einem Unterrichtsblatt über die Zeitgeschichte, das Verwendung im Studienkollegunterricht findet, heißt es von den Ländern der Dritten Welt:

*„Die jungen Völker Asiens und Afrikas sind meist mit ihren eigenen Problemen beschäftigt.“*

Welch ein Zynismus ist das, wenn zum Beispiel heute in Vietnam die Vietnamesen nicht die Möglichkeit haben, sich nur mit ihren eigenen Problemen, das heißt, mit dem Aufbau ihres Landes,

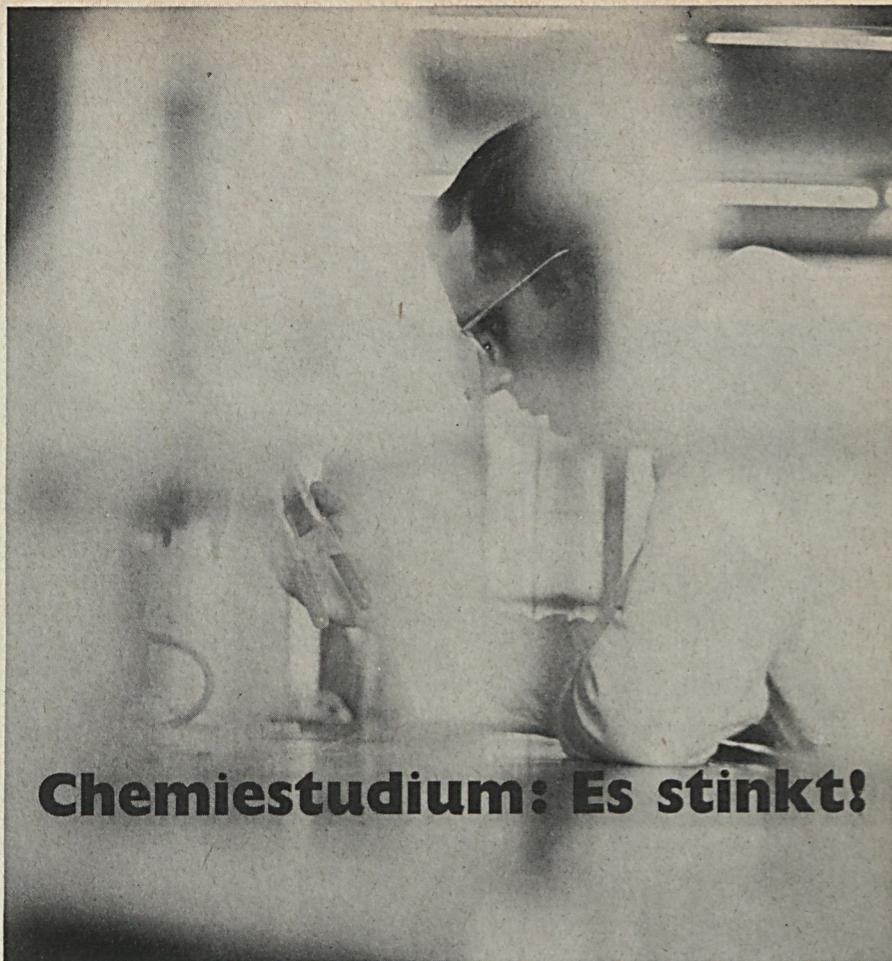
zu beschäftigen, sondern gezwungen sind, sich gegen den Aggressionskrieg des Imperialismus zur Wehr zu setzen. Wie Deutschland den Ausländern verherrlicht werden soll, kann man aus dem folgenden Text entnehmen. Der Text hat den Titel:

*„Eine Frau von den Philippinen über die Deutschen.“*

Darin heißt es:

*„Wenn man heute Deutschland besucht, wundert man sich, wie ein Volk, das noch vor wenigen Jahren hungerte, fror und verzweifelt war, zu solchem Wohlstand gelangen konnte. Einzig nationale Disziplin und individuelle Selbstdisziplin konnten diesen Wandel ermöglichen. Die Trümmer des Krieges sind noch hier und da zu sehen, doch neben diesen Zeugen der Zerstörung zeigen großartige Bauten, Neubauten, aller Welt ein Land, das nicht nur wieder festen Fuß faßte, sondern auf sicherem Boden voranschreitet und weiß, wohin es geht.“*

Aus diesem Text muß der unkritische ausländische Student entnehmen, daß allein der Mangel an nationaler Disziplin und individueller Selbstdisziplin verantwortlich zu machen sind für den niedrigen Wohlstand in ihren Heimatländern. In anderen Texten macht man die Intelligenz der Bewohner eines Landes für die wirtschaftliche Entwicklung dieses Landes verantwortlich, was natürlich bedeutet, daß die entwickelten Länder von intelligenten Menschen und die unterentwickelten Länder von dummen Menschen bewohnt werden müssen. Damit wird deutlich, daß das Ausländerstudium keineswegs die Funktion haben soll, den unterentwickelten Ländern ein stärkeres Selbstvertrauen und daraus folgend die Möglichkeit zur Selbstbestimmung zu geben. Es dient allein zur Festigung der Vormachtstellung der Metropolen und somit einer verstärkten reibungslosen Ausbeutung der Dritten Welt.



## Chemiestudium: Es stinkt!

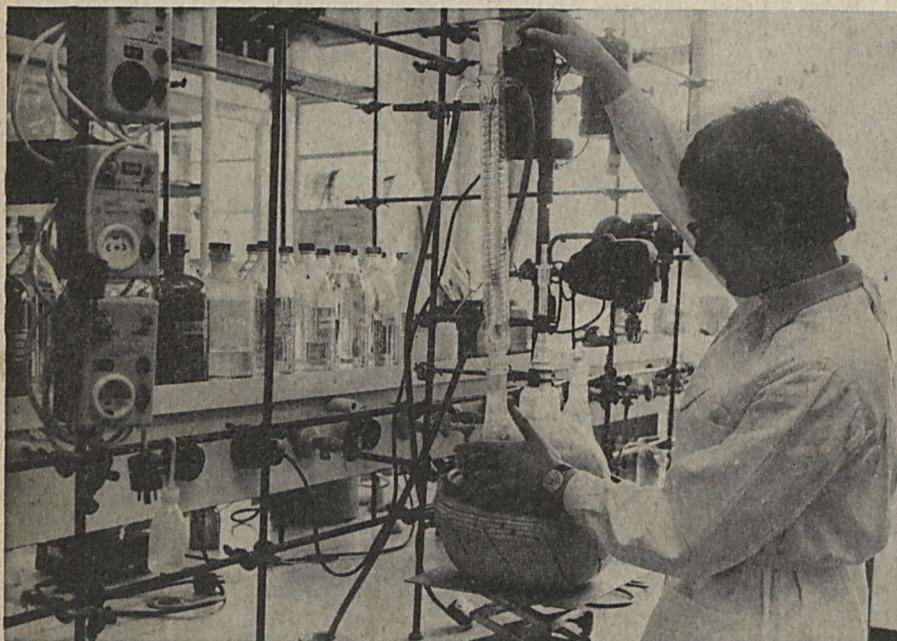
**„Das Chemiestudium ist nicht einfach, aber der Aufwand lohnt sich. Begeisterung für die Chemie und ehrlicher Wille zu harter Arbeit sind Voraussetzung.“ (Der Verband der chemischen Industrie e. V. in seiner Broschüre „Aus der Welt des Chemikers“, die er an alle Abiturienten in der Bundesrepublik verteilt.) Ja, es lohnt sich. Und es lohnt sich offensichtlich auch späterhin in der Industrie, Begeisterung für die Chemie und ehrlichen Willen zu harter Arbeit zu zeigen. Das haben die Ergebnisse bei den Streiks in der chemischen Industrie bewiesen, als Akademiker in vorderster Front der Streikbrecher versuchten, an ihre Arbeitsplätze zu gelangen.**

Will man den Zusammenhang zwischen Hochschulausbildung und Verhalten der Akademiker in der Industrie aufzeigen, ergibt sich eine grundlegende Schwierigkeit. Die älteren Akademiker sind in der vorbundesrepublikanischen Zeit ausgebildet worden, die von den Besonderheiten der Weimarer Zeit und des Dritten Reichs geprägt war. Die zweite Gruppe von Akademikern ist in der Rekonstruktionsperiode der BRD aufgewachsen und hat die Hochschulen in einer Zeit besucht, zu der die Einflußnahme der Industrie auf die Ausbildung noch nicht organisiert erfolgte. Die Situation, die wir heute vorfinden, ist gekennzeichnet einmal durch die im Anschluß an die Empfehlungen des Wissenschaftsrates eingeleiteten Umstrukturierungen des Hochschulstudiums und zum anderen durch ein vollkommen verändertes politisches Klima an den Hochschulen. Daher ist sicherlich nicht zulässig, eine geradlinige Verbindung von der heutigen Ausbildung zu dem Verhalten von Akademikern zu ziehen, wie es sich etwa jetzt bei den Streiks in der chemischen Industrie gezeigt hat. Die dort als Streikbrecher in vorderster Front auftretenden Chemiker sind unter völlig anderen Bedingungen ausgebildet worden.

Man muß sich also darauf beschränken, gewisse Strukturen aufzuzeigen, die sich trotz der „Reformen“ gehalten haben. Für die heutigen Studienformen und -inhalte kann man lediglich angeben, was sich die Industrie davon erwartet, nicht jedoch, ob diese Erwartungen auch erfüllt werden.

**Nach wie vor dient das Studium zur Ausbildung von Fachidioten, bei denen wissenschaftliche Fähigkeit mit einer ungeheuren Ignoranz in gesellschaftlichen Problemen einhergeht.**

Das Studium ist so angelegt, daß alle Fragen, die mit der Verwertung wissenschaftlicher Forschung in der Chemie zusammenhängen, nicht ins Blickfeld der Studenten gelangen. Zum einen geschieht das durch die Vermittlung der in die Studienpläne eingehenden Ideologie, die sich dadurch auszeichnet, bestehende gesellschaftliche Vorstellungen – aus Schule und Elternhaus übernommen – im Gegensatz zu fachwissenschaftlichen Erkenntnissen nicht in Frage zu stellen. Zum anderen werden die Studenten schon allein durch die Organisation des Studiums, die ihnen nur



wenig freie Zeit beläßt, davon abgehalten, politischen Fragen nachzugehen.

Die Ideologie von der Wertfreiheit der Chemie ist keineswegs widerspruchsfrei, das kann sie nicht sein, weil der Bezug zur chemischen Industrie nicht wegzuleugnen ist. Sie garantiert aber, daß die Anwendung und Verwertung niemals problematisiert wird, sondern gewissermaßen als naturgegebene Randbedingung erscheint.

Und so heißt es in den „Blättern zur Berufskunde“ für Diplomchemiker: *„Die wissenschaftliche Forschung ist im allgemeinen das Hauptgebiet des Chemikers; Bemühung und Erfolg kann nur dem beschieden sein, dem das Forschen eine innere Notwendigkeit bedeutet, und der es im Grunde als z w e c k f r e i erlebt, auch wenn er — wie z. B. im Industrielaboratorium — von außen her betrachtet durchaus einem bestimmten Zweck dient.“*

Entsprechend heißt es in einem Merkblatt für Studenten der Chemie, das die Gesellschaft Deutscher Chemiker herausgibt, die Erfahrung an der Hochschule und in der Industrie zeige, *„daß Sie sich auf den ‚Chemiker-Beruf‘ am besten vorbereiten, wenn Sie zunächst die*

*gesamten Grundlagen der Chemie um ihrer selbst willen studieren.“*

Und genauso wird dann auch studiert. Nirgendwo wird diskutiert, welchen **Zwecken** die Chemie dient.

Im Verborgenen bleibt, wieso bestimmte Stoffgruppen, die man gerade lernt, mit besonderem Nachdruck erforscht worden sind. Die Chemie erscheint losgelöst von irgendwelchen wirtschaftlichen Interessen, als ob sie einfach die wertfreie Ansammlung von Wissen über die chemischen Elemente und ihre Reaktionen wäre.

*„Eine besondere Hinneigung zum Mikrokosmos, zu den kleinen und kleinsten Mengen und ihrer natürlichen Ordnung und Zuordnung, ist ein Motiv, das über das Interesse an der Natur schlechthin in die Richtung des Chemikerberufes weist“,* schwärmen die „Blätter zur Berufskunde“. Die Chemie **an sich** tritt in den Vordergrund des Interesses und bekommt eine Bedeutung, die nichtfachliche Probleme an den Rand drängt. Politische Fragestellungen werden als Störungen empfunden. „Das hat nichts mit Chemie zu tun!“ hört man, wenn man mit derlei in Vorlesungen und Praktika eindringt, sofern die Studenten

überhaupt einmal eine Reaktion auf die Einwendungen ihrer politisch argumentierenden Kommilitonen erkennen lassen. Es wird Chemie **an sich** betrieben. Der gesellschaftliche Kontext wird ignoriert oder aber als Randbedingung unkritisch übernommen.

So kann denn die Gesellschaft Deutscher Chemiker die Interessen der Industrie kurzerhand zu denen der Studenten umdefinieren und Empfehlungen an die Studenten über deren Studium ausgeben wie diese:

*„Es liegt in Ihrem eigenen Interesse, das Studium in einer angemessenen Zeit zu vollenden. Auch die chemische Industrie legt großen Wert darauf, junge promovierte Chemiker einstellen zu können; der Präsident des Verband der chemischen Industrie hat das häufig betont.“*

An der Hochschule wird die Bedeutung des Profitprinzips, das Ursache des Streiks war, noch nicht so deutlich. Zum Profitprinzip führt die Basisgruppe Chemie an der THD in ihrem paper „Chemie + Chemie = Fachidiot“ vom Juli 1971 aus:

*„Mit einer ungeheuerlichen Selbstverständlichkeit wird das Profitprinzip als Maßstab für den Nutzen wissenschaftlicher Arbeit übernommen. Geforscht wird nur auf Gebieten, die gewinnträchtig für eine Firma sind; entwickelt wird nur, was einen Käufer findet (und wer kauft schon saubere Umwelt?), produziert wird mit geringstem Aufwand und maximalem Profit.“*

Entweder wird naiv ignoriert oder bewußt verschwiegen, daß die Rentabilität eines Konzerns lange nicht rentabel für die ganze Gesellschaft ist, wie es sich langsam bei der Problematik der Umweltzerstörung herumgesprochen haben dürfte.

„Mit der Anerkennung des Profitprinzips wird sehr bald auch alles andere anerkannt, was der ‚fertige‘ Chemiker als Randbedingung in der chemischen Industrie vorfindet; eine Hierarchie der Leistung, die die verschiedenen Arbeitnehmerschichten in konkurrierende Gruppen auseinanderdividiert. Mit einer sagenhaften **Borniertheit** übernehmen die promovierten Chemiker in diesem ‚Spiel‘ die Rolle der ‚Leitenden Angestellten‘: Obwohl selbst lohnabhängig und zum

geringeren Teil nur mit Unternehmerfunktionen ausgestattet, identifizieren sie sich voll mit den ‚Interessen des Unternehmens‘ – sprich mit der Kapitalseite.“

Während des Studiums ist mehr gelegentlich – bei Präparaten oder in der Technologievorlesung – davon die Rede, daß man billig arbeiten muß, daß nicht jedes Verfahren und jedes Ausgangsprodukt in der Industrie gewinnträchtig verwendbar ist. Aber das bleibt letztlich abstrakt, weil es vielleicht 1% der Vorlesung ausmacht und auch keine praktischen Auswirkungen auf die eigene Arbeit hat. Man überläßt der Industrie die Aufgabe, den Chemikern „volkswirtschaftliche“ Kriterien zu vermitteln.

Der ideologische Einfluß an der Hochschule ist subtiler Art. Man verzichtet (noch?) darauf, explizit die Ideologiebildung zu betreiben: etwa durch Volkswirtschaftsvorlesungen, Arbeitspsychologie, stärkere Anbindung der Lehrinhalte an bestimmte Berufsbilder etc. Das ist für die Industrie – mindestens was den Teil der Akademiker betrifft, die später in der Industrie arbeiten – sicher ein Mangel. Die an der Hochschule wirksame Ideologie zielt offensichtlich mehr auf die Akademiker, die später in der Forschung arbeiten und die vorgegebenen Ziel nicht hinterfragen sollen.

### Die Arbeitsbedingungen während des Studium sichern die Fachidiotie

Die Organisation des Studiums ist darauf eingerichtet, die Studenten aus dem humanistischen Bildungsgymnasium zu übernehmen, in möglichst kurzer Zeit mit Fachwissen vollzupropfen und hernach als angepaßte Vertreter ihres Fachs an die Industrie weiterzugeben. In der eingangs zitierten Broschüre des Verbandes der Chemischen Industrie e. V. werden die Bestrebungen des Wissenschaftsrates gelobt, durch seine Vorschläge die Studienzeit zu verkürzen und die Inhalte stärker an den Interessen der Industrie, also den Interessen der Mitglieder des Verbandes, zu orientieren:

„So gut wie alle Universitäten und Technischen Hochschulen haben bereits Reformmaßnahmen im Sinne der Empfehlungen des Wissenschaftsrates eingeleitet, um den mehr und mehr angewachsenen Lehrstoff zu

*konzentrieren und die Praktika zu verkürzen. In diese Richtung zielen die Bestrebungen, die Einführungspraktika kursartig durchzuführen und ihr Schwergewicht von der großen Zahl der Analysen und Präparate auf die Anwendung moderner Meßverfahren und die Kenntnis der Methoden zu verlagern. Die Hochschulinstitute sind ferner bemüht, durch Verkürzung der akademischen Ferien sowie durch Öffnung ihrer Räume und Bibliotheken auch an Abenden und Samstagen den Studierenden die Möglichkeit zu geben, ihr Studium intensiv zu betreiben, insbesondere auch die Examensvorbereitungen zu erleichtern.*

*Nicht zuletzt hängt der Erfolg aller derartiger Maßnahmen zur Verkürzung der Studiendauer von der Einstellung und dem Fleiß des einzelnen Studierenden ab. Es muß dazu vermerkt werden, daß es gerade in einer Zeit des steigenden Lebensstandards, der Arbeitszeitverkürzung und guten Möglichkeiten des Gelderwerbs während des Studiums einer besonderen Zielstrebigkeit und manchen Verzicht bedarf, um ein wissenschaftliches Studium zügig durchzuführen.“*

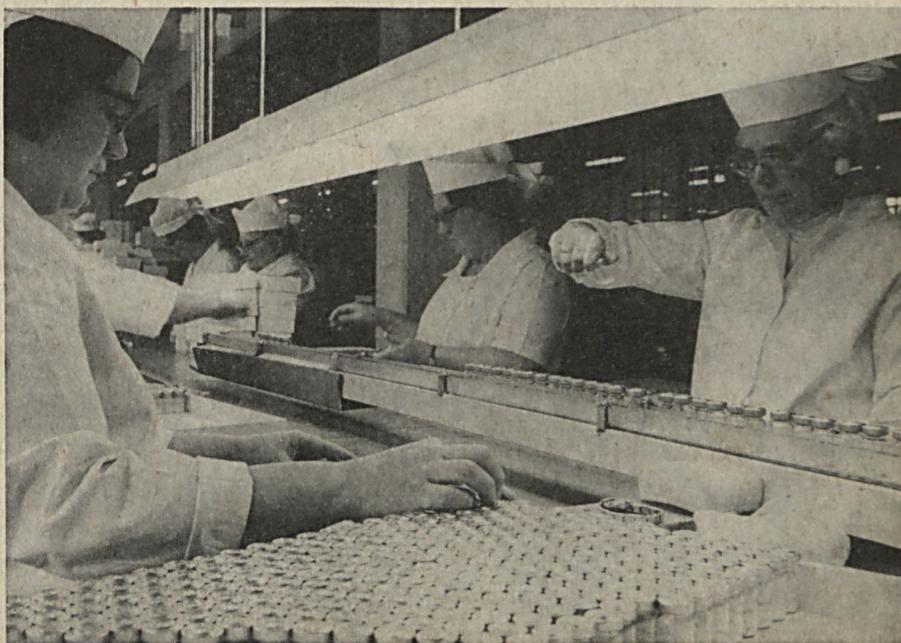
Es kann nur noch als Zynismus angesehen werden, wie hier von der Industrie den Studenten deren eigene Entmündigung schmackhaft gemacht wird. Ist erst einmal die skizzierte Einstellung

des Studenten erreicht – Zielstrebigkeit und Verzicht zugunsten späteren Lebensstandards und Möglichkeiten des Gelderwerbs – läßt sie sich auf Dauer stabilisieren. Es wird immer wieder möglich sein, die entsprechend „gebildeten“ Akademiker zugunsten des „Gemeinwohls“ zu höheren Leistungen anzutreiben.

Mittlerweile sind die Empfehlungen des Wissenschaftsrates, von denen hier die Rede ist, weitgehend umgesetzt. In den letzten fünf Jahren wurden die Praktika gestrafft und zum Teil in Kurz-Praktika umgewandelt.

Als Beispiel sei hier das organische Grundpraktikum an der THD angeführt: 24 Präparate, 5 Klausuren und 4 Colloquien in einem Semester. Der Zeitplan muß eingehalten werden, will man nicht wieder von vorne anfangen. Man hat ständig so viel zu tun, daß man sich keine eventuelle Nebenbeschäftigung leisten kann. Es gibt nur die Alternative, ein Semester auszusetzen oder eine gewaltige Doppelbelastung auf sich zu nehmen.

Sollte eine Nebenbeschäftigung während des Studiums aus finanziellen Gründen (sozial schwach gestellte Studenten) notwendig sein, so hat auch dann die Industrie, hier vertreten durch die Ge-



## Vorstellungen zum Chemiestudium

Die Basisgruppe Chemie an der THD stellt in ihrem Paper „Chemie + Chemie = Fachidiot“ folgende drei Forderungen zum Chemiestudium auf:

1. Chemie soll nie als „reine“ oder „wertfreie“ Chemie betrieben werden. Wenn man sich mit einer bestimmten Stoffgruppe beschäftigt, muß immer bloßgelegt werden, wer sie in welchem Interesse untersucht hat. Im technologischen Projektierungskurs dürfen die Rentabilitätskriterien nicht einfach übernommen werden. Es muß auch untersucht werden, ob z. B. irgendwelche Abfallprodukte, die in Luft oder Wasser abgelassen werden, „gesellschaftlich Kosten“ verursachen. Oder — wenn man sich mit einer bestimmten Reaktionstechnik beschäftigt, ist es interessant zu wissen, daß der Ausgangspunkt für ihre Entwicklung in Darmstadt z. B. die „Notwendigkeit“ war, 1942 (im Krieg also) einen bestimmten Sprengstoff herzustellen, der halt eine etwas komplizierte Kinetik aufwies.
2. In die Ausbildung muß die Kritik der Berufssituation eingehen, auf die hin man ausgebildet wird. Es wäre aufzuzeigen, wieso sich die promovierten Chemiker so gern das Kleid des „Leitenden Agestellten“ anzuziehen, obwohl die Tendenz dahingeht, sie von Unternehmerfunktionen zu befreien, soweit sie überhaupt welche haben. Die Ideologie, daß die „angestellten Akademiker“ die „Dritte Kraft“ zwischen Kapital und Arbeit seien, muß als Ideologie des Kapitals bloßgelegt werden, die die Chemiker davon abhalten soll, sich als wenn auch mit anderen Qualifikationen ausgestattete — Arbeitnehmer zu begreifen, und z. B. bei Streiks auf dieser Seite ihre Interessen zu vertreten. Um Irrtümer zu vermeiden: Wir stellen uns die Verbindung mit der Berufsperspektive nicht so vor, daß wir etwa durch „Volkswirtschafts“-Vorlesungen nur um so besser damit vertraut gemacht werden, wie man chemische Prozesse im Sinne der Unternehmer optimiert.
3. Wir fordern, daß die Studenten nicht so durch die Ausbildungszeit gehetzt werden, daß die meisten nicht mehr die Möglichkeit haben, sich kritisch mit dem Fach und ihrer Berufsperspektive auseinanderzusetzen. Es geht also darum, einen Rahmen für die diskutierten inhaltlichen Veränderungen zu schaffen: Studium in kleinen Gruppen, die nicht durch unsinnigen Prüfungsdruck und der Zeitbegrenzung von Kurspraktika davon abgehalten werden, die Reflexion über Chemie und ihre Verwertung zu leisten.

Denn gehen während des Studiums die Semester „verloren“, so sind es nachher die Profite der Unternehmer, die geschmälert werden.

Im weiteren Verlauf wird dann auch das näher bezeichnet, was unter der „Freiheit“ des einzelnen im Studium zu verstehen ist:

*„Diese Freiheit des akademischen Lernens ist ein wichtiger Bestandteil des Studiums. Vom Beginn des ersten Semesters an wird Ihnen die Verantwortung für den Erfolg Ihrer Arbeit mehr und mehr selbst überlassen, wodurch Sie frühzeitig die Selbständigkeit gewinnen, die Sie später im Beruf brauchen.“*

Das bedeutet nichts anderes, als daß im permanenten Streß der Ausbildung das eingeübt werden soll, was nachher im Beruf ohnehin selbstverständlich ist. Sämtliche Risiken hat der einzelne zu tragen. Nur wird der Begriff „Risiko“ mit „Verantwortung“ und „Selbständigkeit“ umschrieben.

Diese Arbeitssituation erlaubt es einem kaum, den angebotenen Stoff und die Anforderungen zu hinterfragen. Man gewöhnt sich daran, unter vorgegebenen Bedingungen und mit vorgegebenen Zielen irgendwelche Aufgaben zu lösen.

Nach dem Tagespensum besteht keine Motivation mehr, etwas anderes zu tun, als eine unpolitische Freizeit zu genießen.

sellschaft Deutscher Chemiker, ihre festen Vorstellungen, die den einzelnen Studenten fest „an sein Fach“ binden sollen:

*„Bedenken Sie ferner die Auswirkungen einer Nebenbeschäftigung im Semester und in der vorlesungsfreien Zeit. Es wird immer Studenten geben, deren eigene Mittel nicht ausreichen (. . .). Die Kenntnisse und Erlebnisse, die sich mit einer ein- oder zweimaligen Ferienarbeit in der Industrie verbinden, sind zwar eine persönliche und fachliche Bereicherung; aber verzichten Sie zugunsten eines konzentrierten Studiums auf weitere Ferienarbeit, wenn Sie ohne zusätzliches Geldverdienen studieren können. Auch sollten Sie bedenken, daß die Pausen zwischen den Semestern keine ‚Ferien‘ im Sinne eines Erholungsurlaubs sind. Gerade der im Semester vorwiegend im Laboratorium praktisch arbeitende Student der Chemie braucht den größten Teil der vorlesungsfreien Zeit zu theoretischer Arbeit. . .“*

*„Deshalb sollten Sie darauf bedacht sein, die Semesterwochen voll für Ihre Arbeit auszunutzen. Bedenken Sie bitte die Folgen eines regelmäßig ‚verlängerten Wochenendes‘: Lassen Sie Ihren Arbeitsplatz nur einen halben Tag am Anfang oder am Ende jeder Woche ungenutzt, so läuft das auf eine Verlängerung der für die Praktika benötigten Zeit um mindestens ein Semester hinaus! Bei der hohen Investition, die ein Arbeitsplatz erfordert, ist die gute Ausnutzung des zugeteilten Arbeitsplatzes geradezu Ihre Pflicht!“*

Und um gleich die Modalitäten der Arbeit in der Industrie in das Studium einzuführen, empfiehlt die Gesellschaft Deutscher Chemiker in seinem „Merkblatt für Studenten der Chemie“:

Dipl.-Wirtsch.-Ing.  
**RUDOLF WELLNITZ**

**Hochschulbuchhandlung**

Darmstadt, Lauteschlägerstraße 4  
Direkt an der Hochschule

**Technisches Antiquariat**

jetzt mit 3-facher Regalfläche!

# Streik hintertrieben

Vom 21. Juni bis 5. Juli streikten die Arbeiter der Firma Merck, um ihre Forderung nach 120,— DM linearer Lohnerhöhung durchzusetzen. Eine Forderung, die auch von den meisten jüngeren Akademikern und Angestellten verbal unterstützt wurde, die aber durch ihr Verhalten als Streikbrecher zeigten, daß sie zu solidarischem Verhalten nicht fähig sind und damit wesentlich an dem Lohnkittat von 7,8% beteiligt waren. Der Artikel befaßt sich hauptsächlich mit dem Verhalten von Akademikern und ihren Einstellungen, da den sich solidarisierenden Studenten von den Arbeitern wiederholt der Vorwurf gemacht wurde: „Wenn ihr erst euren ‚Doktor‘ habt, handelt ihr genauso.“

Betriebsleiter und leitende Angestellte, meist promovierte Akademiker, sammeln ihre Abteilungsmitarbeiter, mittlere Angestellte, und versuchen, stoßtruppartig hinter bezahlten Rädelsführern — der Geschäftsleitung war auch dieses Mittel recht — sich einen Weg durch die geschlossenen Ketten der Streikposten zu schlagen — wobei schlagen wörtlich zu nehmen ist — um am Mittwoch, dem 23. Juni, dem dritten Streiktag, ins Werk zu gelangen.

Akademiker und speziell diejenigen, die auf diese Bezeichnung sehr viel Wert legen, prügeln sich in Anzug und Kravatte ihren Weg zur Arbeit frei.

Eine Situation, die auf den ersten Blick unverständlich erscheint, und deshalb einer genauen Analyse des Selbstverständnisses der Akademiker in der industriellen Produktion bedarf.

Von den 300 bis 350 Akademikern bei Merck sind etwa zwei Drittel in der Forschung tätig, nur das restliche Drittel hat im engeren Sinne mit der Produktion zu tun; d. h. diese Gruppe arbeitet entweder in der Produktionskontrolle, in der Betriebsleitung, als Analytiker oder

als Wissenschaftler, der Forschungsergebnisse in Produktion umsetzen muß. Weshalb nur diese letzte Gruppe militantes Verhalten während des Streiks zeigte, läßt sich aus den unterschiedlichen Arbeitsbedingungen ableiten. Die Physiker, Biochemiker, Toxikologen und Ärzte in der Forschung haben bessere Arbeitsbedingungen, qualifiziertere Mitarbeiter und damit auch weniger Kontakt zu Arbeitern als ihre Kollegen in der Produktion. Sie arbeiten selbständig und betrachten ihre Arbeit weitgehend losgelöst von der Produktion. Ansätze zu interdisziplinärer Forschung gibt es bei Merck überhaupt nicht. Ebenso fremd ist ihnen solidarisches Verhalten. Wegen der vergleichsweise hohen Bezahlung meinen sie, sich nicht einmal wegen Lohnforderungen solidarisieren zu müssen. Ihr wissenschaftlicher Ruf gilt ihnen als „Kapital“ bei Einzelverträgen mit der Geschäftsleitung.

Vom Streik selbst fühlen sie sich wenig betroffen und tolerieren ihn, solange er im legalen, d. h. nach herrschender Auffassung, geordneten Rahmen verläuft.

**„Zorn und Unzufriedenheit genügen nicht. So etwas muß praktische Folgen haben.“ Brecht**



## ... etwas unternehmen!

„Der Unternehmer heißt Unternehmer, weil er etwas unternimmt. Der Arbeiter heißt Arbeiter, weil er arbeitet. Würden die Arbeiter etwas unternehmen, müßten die Unternehmer arbeiten.“  
(Floh de Cologne)



Streikposten bei Merck: ...

Ihre Forschungsergebnisse im Kopf, zeigen sie kein militantes Verhalten, da auch die Identifikation mit der Geschäftsleitung fehlt.

Die in der Produktion tätigen Akademiker bemühen sich zwar durch Einzelverträge mit der Geschäftsleitung eine möglichst hohe Bezahlung zu erreichen, aber anfangs bestehende Unterschiede nivellieren sich in den späteren Jahren. Sie versuchen deshalb über den Verband

Leistung, und das ist in der industriellen Produktion ein möglichst hoher „Output“, sprich maximaler Profit, der von ihnen hergestellten Produkte. Der Umsatz alleine zählt.

Auf diese Art verlieren sie recht bald auch die letzten Illusionen von eigenverantwortlicher kreativer Tätigkeit in der Industrie, Illusionen, die sie nach Abschluß des Studiums bewogen haben, nicht an der Hochschule zu bleiben oder gar in den Staatsdienst zu gehen. Der Bürokratismus eines Großbetriebes – und Merck nicht ausgenommen – erweist sich jedoch als ebenso starr wie die Staatsbürokratie. Hohe Beweglichkeit und Mitbestimmung bleiben Wunschvorstellungen. Kritik an diesen Zuständen bleibt jedoch betriebsimmanent. Als einzige Alternative bei Kritik an bestehenden Verhältnissen bietet sich das „Harzburger Modell“ an, das die Vorstellungen des progressiven Kapitals und der Union leitender Angestellter (ULA) aufzeigt, z. B. berufliche Weiterbildung von Akademikern durch Förderungskurse oder Bildungsurlaub und Einarbeitungspläne, die den Übergang vom Studium zur Industrie erleichtern sollen.

Selbst wenn die Akademiker merken, daß sie alle ursprünglichen Vorstellungen von industrieller Produktion aufgeben müssen, sind sie nicht mehr in der Lage, ihre eigene Stellung im Produktionsablauf zu überdenken. Sie orientieren sich mehr und mehr an „ihrem“ Produkt. Ohne Rücksicht auf die Arbeitsbedingungen muß der maximale Profit erreicht

werden.

Dazu kommt eine mit dem Alter stärker auftretende Existenzangst. Spätestens ab 45 Jahre wird es für die meisten Akademiker unmöglich, den Betrieb zu wechseln, da die Kreativität erfahrungsgemäß mit 35 weitgehend verbraucht ist. Zum anderen werden sie durch Mietbeihilfen (16% Zuschuß bei Merck) und Kredite zum Eigenheim auch finanziell an den Betrieb gebunden. Die Frustration an diesen Verhältnissen führt aber nicht zum Hinterfragen ihrer Tätigkeit in der Industrie, sondern in der Ausweglosigkeit ihrer Situation zur Identifikation mit dem Betrieb: „Die Situation ist gut!“ Gefördert wird diese Identifikation durch kleine Zugeständnisse an die leitenden Angestellten. Sie haben einen besonderen Ausweis, der ihnen erlaubt, jederzeit den Betrieb zu verlassen. Sie können später anfangen und früher aufhören. Ihre Taschen werden nicht kontrolliert, sie erhalten am ehesten betriebsinterne Informationen und werden besser bezahlt. Die Analytiker in der Produktionskontrolle wären aufgrund ihrer Tätigkeit am ehesten in der Lage, über betriebsimmanente Kritik hinauszukommen, wenn sie zum Beispiel erkennen, daß durch profitorientierte Forderungen ihre Tätigkeit überflüssig wird. Als zum Beispiel festgestellt wurde, daß Nasentropfen nicht steril hergestellt werden konnten und damit unter den Standards der westlichen Welt blieben, setzte man sie in Togo ab, da sie ja auch dort gebraucht wurden. Verbesserungen werden nur dann eingeführt, wenn auch die



Akademischer Angestellter (VAA) kollektiv mehr zu erreichen, z. B. durch Orientierung an anderen Betrieben. Individuelle Aufstiegsmöglichkeiten vom Betriebsleiter über Oberleiter, Abteilungsleiter, Hauptleiter zum Vorstandsmitglied sind begrenzt und faktisch nur promovierten Chemikern offen.

Ihre Bezahlung richtet sich also nur nach der von der Geschäftsleitung beurteilten

Konkurrenz gezwungen ist, bestimmte Qualitätsnormen einzuhalten. Obwohl das den Akademikern bekannt ist, wird die profitorientierte Produktion nicht hinterfragt.

„Ein Akademiker der mitstreikt, entscheidet sich damit, nicht weiter in der Industrie zu arbeiten!“ Bei Wechsel des Betriebs werden die Gründe für diesen Wechsel über die Personalbüros weitergegeben. Der Akademiker hat politisch stabilisierend zu wirken. Offene Solidarität im Streik mit den Arbeitern muß deshalb zwangsläufig zur Entlassung führen. Werden doch schon offene Kontakte zu Arbeitern im Betrieb von der Geschäftsleitung nur ungern gesehen. Das aber bestehende liberale Verhältnis von Akademikern zu Angestellten und Arbeitern schützte dann auch anfangs die Streikenden und den Streik vorbereitenden Arbeiter vor Spitzeln. Die Devise der Geschäftsleitung, vertreten durch Langmann: Merken, wer Unruhe streut, führte zu starken Unmutsäußerungen der Akademiker. „Wir sind keine Spitzel.“\*

Für eine weitere Verunsicherung der Akademiker sorgte die Geschäftsleitung, indem sie die Frage der VAA, was denn beim Streik passiere, wenn die Tore dicht

seien, nur die Antwort gab: „Wir werden dafür sorgen, daß die Tore offen bleiben.“ Über laufende Bezüge und das Verhalten in der Streiksituation wurden die Akademiker bewußt im unklaren gehalten. Das militante Verhalten von Akademikern, (bei den jüngeren die Bezahlung, bei den älteren die Identifikation) und der ihnen unterstellten

Angestellten, die sich aus Karrieregründen an ihren Vorgesetzten orientierten, wurde so bewußt gefördert. Die nicht erfolgte Urabstimmung führte dann bei einem fragwürdigen Demokratieverständnis – das etwa dem von Professoren entspricht – zu einer Verschärfung der Situation. „Keine Urabstimmung, also nicht legal.“

Diese buchstabentreue Rechtsauffassung führte dann auch zwangsläufig zu totalem Unverständnis, daß eine „nicht repräsentative Minderheit“ von Studenten auf die „reine Forschung“ und die „reine Lehre“ ihrer Professoren verzichtete und stattdessen mit den Arbeitern zusammen die „Regeln der nachkriegsdeutschen Streikgesetze“ durchbrach.

## HABRA DARMSTADT

Wir stellen

### Aushilfskräfte

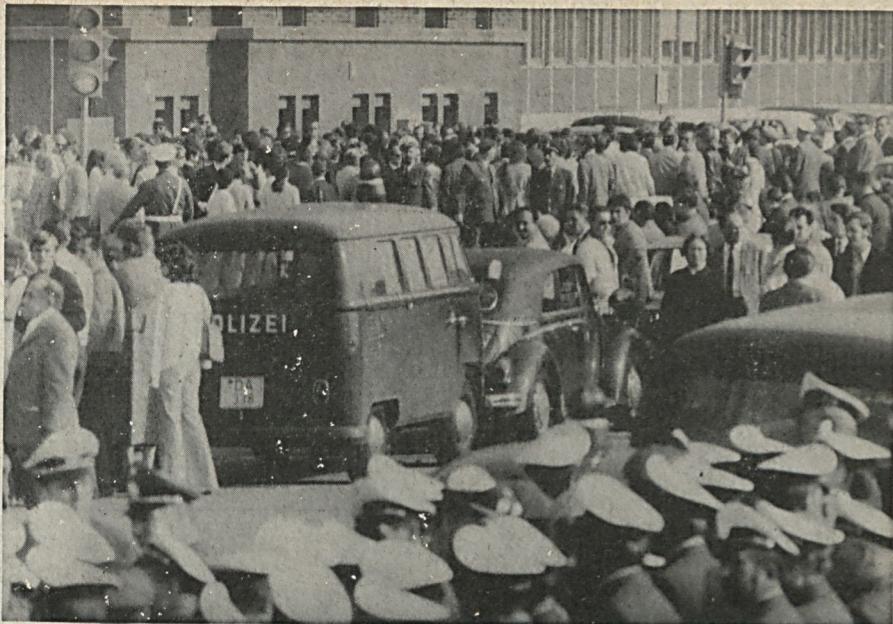
ein.

Bitte lassen Sie sich umgehend in unserem Personalbüro vormerken.

Wir informieren Sie auch gerne telefonisch.

Sollten Sie nach 17 Uhr anrufen; wählen Sie bitte die Nr. 14 71 47.

Habra-Werk Wilhelm F. Ott, 61 Darmstadt, Eschollbrücker Straße 24-28 - Personalbüro, Telefon: (0 61 51) 60 12 00



... Die Polizei verhält sich neutral und öffnet die Fabriktore

\* Daß die Geschäftsleitung aber keine Hemmungen hat, provozierende Spitzel einzusetzen, zeigt eine Vertrauensleutsetzung, in der zwei Spitzel eine Schlägerei inszenieren sollten, um auf diese Art und Weise unliebsame Vertrauensleute entlassen zu können. Es kam zum Tumult, aber nicht zur Schlägerei.

# Für die Abschaffung des § 218

von Dr. Hans Heinz Heldmann



The Health Education Councils

**Would you be more careful if it was you that got pregnant?**

Contraception is one of the facts of life.  
Anyone married or single can get advice on contraception from the Family Planning Association,  
Margaret Pyke House, 25-35 Mortimer Street, London W1 N 8BQ. Tel. 01-636 9135.

## Der strafrechtliche Tatbestand

§ 218 unseres Strafgesetzbuches aus dem Jahr 1871 bedroht die Frau, die ihre Leibesfrucht abtötet oder die Abtötung durch einen anderen zuläßt, mit Gefängnis; ebenso denjenigen, der die Leibesfrucht einer Schwangeren abtötet; ebenso denjenigen, der einer Schwangeren ein Mittel oder einen Gegenstand zur Abtötung der Leibesfrucht verschafft. Strafbar ist auch der Versuch der Selbstabtreibung und der Fremdattreibung.

Nach § 218 StGB macht sich ferner strafbar, wer zur Abtreibung anstiftet oder wer Beihilfe zur Abtreibung leistet. Anstifter ist, wer vorsätzlich eine Frau dazu bestimmt hat, eine Abtreibung vorzunehmen oder zu dulden. Gehilfe ist, wer durch Rat oder Tat zu einer Abtreibung wissentlich Hilfe geleistet hat. So begeht Beihilfe zur Abtreibung zum Beispiel, wer den abtreibenden Arzt vermittelt oder wer eine Abtreibung finanziert. Beihilfe begeht aber auch, wer den ernstgemeinten und nachhaltigen Versuch unterläßt, seine Frau oder seine Verlobte oder seine Tochter von einer Abtreibung abzuhalten. Denn unser Recht leitet aus der engen Sozialbindung in Ehe, eheartigem Verhältnis und Familie eine Handlungspflicht zur Abwendung der Straftat her.

Gegen die Reformbestrebungen zur Humanisierung unseres Strafrechts — sie sind so alt wie das Gesetz — hat sich § 218 bisher als immun erwiesen.

Dem muß abgeholfen werden.  
Und dafür gibt es zwingende Gründe.

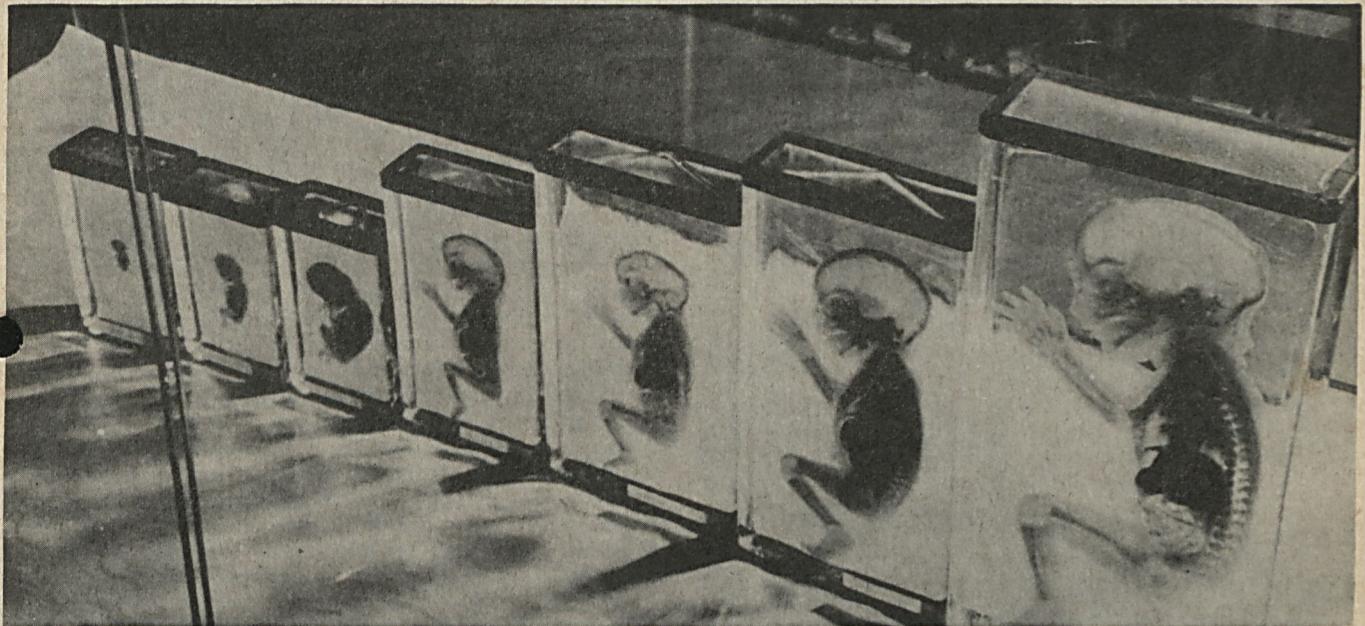
## Soziale Ungerechtigkeit

Für die zum Schwangerschaftsabbruch entschlossene Frau wird die Abtreibung nur dann zu gefährlicher Schwierigkeit, wenn sie arm ist. Wer Geld hat, findet im Ausland die Möglichkeit, ohne gesundheitliche und strafrechtliche Gefährdung abtreiben zu lassen. Zwar bleibt die Abtreibung im Ausland strafbar nach deutschem Recht. Aber die Gefahr der Entdeckung ist praktisch ausgeschlossen. Und der deutsche Staatsanwalt ist bei einer Auslandstat von seinem gesetzlichen Verfolgungszwang (sogenanntes Legalitätsprinzip) befreit.

Die Opfer des § 218 sind in erster Linie die Frauen, die eine Auslandsreise und die Kosten eines klinischen Eingriffs im Ausland und die auch den „Schwarzmarktpreis“ des zur Abtreibung bereiten hiesigen Arztes nicht bezahlen können; die deswegen auf „die Küchentische der Kurpfuscher“ gezwungen werden; die damit nicht nur hohe Gefahr für Gesundheit und Leben auf sich nehmen, sondern auch die ganz unverhältnismäßige strafrechtliche Gefährdung.

## Dunkelziffer — Unglaubwürdigkeit des Verbots — Ungleichbehandlung

Die Dunkelziffer für Abtreibungen in der Bundesrepublik wird auf 999/1000 geschätzt. Danach kommen also auf eine strafrechtlich verfolgte Tat 999 andere, die der Strafjustiz entgehen. Das Abtreibungsverbot ist damit unglaubwürdig geworden. Die Rechtswirklichkeit hat dieses Relikt aus einer anderen Welt überrollt. Die quantitative Bedeutung dieser Diskrepanz von Gesetz und Wirklichkeit wird an den absoluten Zahlen augenfällig: Es soll, schätzungsweise, in der



Bundesrepublik jährlich 800 000 bis 1 000 000 Abtreibungen geben.

An diesem Punkt setzt auch verfassungsrechtliche Kritik an: Wo strafrechtliche Verfolgung zum seltenen Zufall, zur „negativen Lotterie“ wird, bedeutet sie Ungleichbehandlung gleicher Sachverhalte. Das Legalitätsprinzip, das der Staatsanwaltschaft die Verfolgung strafbarer Handlungen gebietet, ist hier zur Farce geworden, das Abtreibungsverbot selbst unglaubwürdig. Strafverfahren nach § 218 verletzen das Gebot der Rechtsgleichheit, verletzen das Gebot der Gerechtigkeit, verletzen das Gebot der Rechtssicherheit. Unsere Rechtswirklichkeit entlarvt jede Strafverfolgung wegen Abtreibung als einen Verstoß der Justiz gegen Verfassungsgebote.

### Freiheit und Gleichheit auch für die Frau

Unsere Verfassung garantiert jedem Menschen die Unantastbarkeit seiner Menschenwürde, die Freiheit seiner Person und die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, die Gleichheit vor dem Gesetz.

Der staatliche Zwang auf die Frau, gegen ihren Willen ein krankes Kind, einen Krüppel oder die Frucht einer Notzucht zu gebären, verletzt die Würde der Frau, verletzt ihre Freiheitsrechte, beschädigt ihre Persönlichkeit.

Der staatliche Gebärzwang mißachtet das Selbstbestimmungsrecht der Frau, degradiert sie zum willenlosen Objekt.

Es gibt in unserem Recht keine vergleichbare Mißachtung der Persönlichkeit des Mannes.

### Entwürdigung als Folge der Strafdrohung

Die Existenz des § 218 verhindert zwar Abtreibungen nicht. Aber sie kriminalisiert Millionen Bürger dieses Landes. Sie erzeugt Furcht, setzt Frauen Nötigungen und Erpressungen aus und gibt Schurken billige Möglichkeiten, Rachsucht, Neid, Mißgunst zu befriedigen.

So wirkt das Abtreibungsverbot nicht als Instrument des Rechts, welches allein sozialschädlichem Verhalten zu wehren hat, sondern als Instrument des Terrors.

„Die Odyssee der Frau, die aus sozialer Bedrängnis und in vollständiger Isolation die illegale Unterbrechung sucht, spottet jeder Beschreibung.“ Das schrieb Bundesrichter Dr. Woessner in seinem Plädoyer für die Reform des § 218 (Spiegel Nr. 17 vom 19. 4. 71, 77ff.). Beispiele mögen zeigen, wie die bloße Existenz dieser Strafdrohung Frauen hilflos der Mißhandlung und traumatisierender Entwürdigung aussetzt: Der Chefarzt eines Kreiskrankenhauses pflegte die deutsche Rechtsordnung aus eigenem Gottesgnadentum wieder herzustellen: Er hat Frauen, die nach illegal herbeigeführten Fruchtabgang einer Ausschabung bedurften und deswegen in seine Arzthände fielen, ohne jegliche Narkose operiert. Die vor Schmerzen schreienden Frauen beschied letztinstanzlich dieser Halbgoth der Heilkunst: Sie hätten nicht abtreiben sollen.

Ein in München auch den Schwangerschaftsabbruch praktizierender Arzt nötigte (nötigt?) Frauen vor Beginn des Eingriffs zum Geschlechtsverkehr. Aus Furcht vor eigener Strafverfolgung hat sich noch keine dieser Frauen bereit gefunden, Anzeige zu erstatten oder als Zeugin auszusagen. (Ein gleichartiger Fall ist im Spiegel Nr. 23 vom 31. 5. 1971, 145 dokumentiert.)



Ein anderer Arzt pflegte vor Beginn des Eingriffs von seinen narkotisierten Patientinnen pornographische Fotos aufzunehmen. Als Strafverfolgung des Arztes die Behörden in den Besitz dieser Dokumentation ärztlichen Wirkens brachte, folgten Strafverfahren nach § 218 StGB gegen eine Vielzahl von Frauen, die nach den Bildern identifiziert werden konnten. Die nun in Gang gesetzte Gerechtigkeitsmaschine brachte diese Bilder – sie lagen als Überführungsmittel in den Akten – in viele Hände.

### Die Not gesetzlich erzwungener Kinder

Die UNO-Vollversammlung vom 20. 9. 1959 hat die „Erklärung der Rechte des Kindes“ verabschiedet, in deren 6. Leitsatz es heißt:

„Das Kind bedarf zur vollen und harmonischen Entwicklung seiner Persönlichkeit der Liebe und des Verständnisses. Es muß möglichst in der Obhut und unter der Verantwortung seiner Eltern, immer aber in einer liebevollen, moralische und materielle Sicherheit bietenden Umgebung aufwachsen. Im zarten Alter darf das Kind nicht von seiner Mutter getrennt werden, außer durch ungewöhnliche Umstände...“.

In der Bundesrepublik gibt es ca. 50 000 „geistig behinderte“ Kinder. In der Bundesrepublik sterben während ihres ersten Lebensjahres doppelt so viele Kinder (23<sup>0/00</sup>) wie in Schweden, das sind ca. 25 000. 1964 sind in der Bundesrepublik 90 Kinder von ihren Eltern zu Tode gequält worden; tausende jährlich erleiden schwere Mißhandlungen.

Jährlich verüben in der Bundesrepublik etwa 100 Kinder unter 14 Jahren Selbstmord. 1964 wuchsen fast 17 000 Kinder mütterlos in Säuglingsheimen heran, 61 000 in Kinderheimen und 50 000 in Heimen für Freiwillige Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung. (Nach Schmalohr, Frühe Mutterentbehrung bei Mensch und Tier. 1968, 11ff.) Jahr um Jahr werden für die Jugendkriminalität in der Bundesrepublik steigende Zahlen gemeldet. Soweit Kriminalität vor Gericht kommt, ist sie fast zur Hälfte Jugendkriminalität.

Die heute empirisch gesicherten Ergebnisse der Kinderpsychologie, der Verwahrlosungsforschung und der Kriminologie zeigen als symptomatisch die folgenden Stationen in der Entwicklung des ungewollten Kindes auf: Bewußte oder unbewußte Ablehnung durch die Mutter führt zur Versagung der für den Säugling und das Kleinkind lebensnotwendigen affektiven Zufuhr (mit der Wirkung eines psychischen Verhungerns). Die Entbehrungen im sozialen Gefühlsaustausch während des Frühkindesalters hinterlassen irreparable Verödungen der Kontaktfähigkeit und psychische und intellektuelle Verkümmierungen. Ob die Mutter sich körperlich von ihrem Kind trennt oder ob das Kind psychische Mutterentbehrung erleidet: die Symptome sind von gleicher Qualität. Nach dem Ende des ersten Lebensjahres bereits erscheint eine Prägung auf eine stabile Mutterfigur nicht mehr möglich: „Hat das Kind in dieser Zeit nicht zu lieben gelernt, so wird es niemals lieben können.“ (Schmalohr, 108) (Zu gleichen Folgen führt die „Überbehütung“, regelmäßig Überkompensation eines Schuldgefühls gegenüber dem ungewollten oder abgelehnten Kind.) Pflegekinder, die im Alter von 5 bis 11 Jahren in Heimerziehung zurückgegeben werden mußten, weil Familienpflege oder Adoption gescheitert waren, waren zu 80% bis zum zweiten Lebensjahr von der Mutter getrennt herangewachsen (nach Schmalohr, 73). Neben irreversiblen Intelligenzdefekten stehen psychische Störungen, die in der Psychopathologie als „gemütlöse Psychopathie“ beschrieben werden. Spätere Verwahrlosung wird heute, überwiegend monistisch, mit Störungen dieser frühen Lebensphase erklärt. Das Gleiche gilt für Neurotisierung; dem Kind bleibe nur „die Wahl zwischen Verwilderung und Neurose“ (Biermann, nach S. Freud, in: Soziologie der Jugendkriminalität, 5. Aufl. 1971, 44). Verwahrlosung wiederum, als „psychische Störung, die sich in persistenter und generalisierter Dissozialität äußert“ (K. Hartmann, Theoretische und empirische Beiträge zur Verwahrlosungsforschung, 1970, 120), ist regelmäßig Übergangsstadium zur Kriminalität; Kriminalität „frequentes Merkmal der Verwahrlosung“ (Hartmann, 122).

„Von der Gesellschaft aus gesehen, haben gestörte Objektbeziehungen im ersten Lebensjahr, seien sie abweichend von der Norm, ungeeignet oder unzureichend, Folgen, die das Fundament der Gesellschaft selbst gefährden. (Es) fehlt den Opfern gestörter Objektbeziehungen später selbst die Fähigkeit, Beziehungen herzustellen. ... Sie können sich nicht an die Gesellschaft anpassen. Sie sind emotionelle Krüppel; vor mehr als hundert Jahren hat die Jurisprudenz für solche Individuen den heute in Vergessenheit

geratenen Begriff „moral insanity“ (moralischer Schwachsinn) geprägt. Ihre Fähigkeit zu normalen menschlichen und sozialen Beziehungen ist gestört.

Das Elend dieser Kinder wird in die Trostlosigkeit der sozialen Beziehungen des Heranwachsenden umgesetzt. Da ihnen die affektive Nahrung vorenthalten wurde, auf die sie Anspruch hatten, ist ihr einziges Hilfsmittel die Gewalt. Der einzige Weg, der ihnen noch offensteht, ist die Zerstörung einer Gesellschaftsordnung, deren Opfer sie sind. Das Kind wurde um die Liebe betrogen, dem Erwachsenen bleibt nur Haß.“

(S p i t z, Vom Säugling zum Kleinkind, 1967, 310f.)

### Die Kinderfeindlichkeit unserer Gesellschaft verbietet das Abtreibungsverbot

Befragt, wie er zur Reform des § 218 sich stelle, antwortete der Justizminister von Nordrhein-Westfalen, Dr. N e u b e r g e r: Einen Schwangerschaftsabbruch aus sozialen Gründen dürfe es in einem Rechts- und Sozialstaat nicht geben; denn eine soziale Gesellschaft habe die Pflicht, für jedes Kind ausreichend zu sorgen (nach Frankfurter Rundschau vom 19. 6. 1971, 3).

So sollte es sein.

Denn die Bundesrepublik weist sich nach dem Text ihrer Verfassung als Sozialstaat aus. Kommentatoren dieser Verfassung erblicken in dem Sozialstaatsgebot einen der entscheidendsten Sätze unseres Verfassungsrechts überhaupt, eine unmittelbar verbindliche Norm, die den Gesetzgeber, die Verwaltung und die Rechtsprechung verpflichtet; und die darüber hinaus, insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorge, sogar als unmittelbare Anspruchsgrundlage wirke.

Rund 17 000 Kleinstkinder lebten 1964 familienlos in den Säuglingsheimen unseres Sozialstaats. Über seine Beobachtungen in Säuglingsheimen berichtete 1966 als gründlicher Kenner der Verhältnisse M e h r i n g e r (in: Unsere Jugend. Band 18, Heft 5; zit. nach S c h m a l o h r, 138):

„Es ist immer wieder erstaunlich, wie wenig . . . die Not dieser Kinder, das Leben in den Säuglingsheimen bekannt ist. Wer aber die Lage kennt, wird von Alpträumen verfolgt, bringt diese Bilder nicht los: Die verlassenem Säuglinge in den Reihenbetten, vergeblich auf den Menschen wartend, der ihnen das erste Lachen entlockt, der sie aufliebt; das serienmäßige Füttern, Töpfen, Windeln; das zwischen die Knie gezwängte Kind, dem mit abgewandtem Gesicht im Routinetempo Brei in den Mund gestopft wird; wie da bei den allzuvielen niemand ist, der Zeit hat, das einzelne kleine Wesen langsam zu füttern, es auf den Arm zu nehmen, mit ihm zu lachen, das Baden, Füttern, Zu-Bett-Bringen zu etwas machen, was beide beglückt;

fünfzehn und mehr Rutscher . . . in einem Raum, jeder einzelne unbemuttert, der Konkurrenz der Masse ausgeliefert; das schon zweijährige, das mit vielen anderen schon eine Stunde auf dem Topf sitzt, im Blickkontakt sich einen Augenblick wahrgenommen fühlt und verzweifelt losschreit, weil man es nicht nimmt, bei ihm bleibt; dann die Not der größeren, die schon längst laufen, hinauskommen, sich frei bewegen sollten; ich habe beobachtet, daß man in den Kinderpferchen noch Schienen aus Holz angebracht hat, um auch das störende Umherrutschen der Topfsitzer, ein Minimum an Bewegung, verhindern zu können; wie das verlassene Kind sich dann in sich selbst zurückzieht, in tickartigen Bewegungen den Kopf kreist und auf den Boden schlägt; man . . . kann leicht mißverstanden werden: als ob man über-

treiben, als ob man schwarz-weiß malen, ja als ob man eben die übliche Diffamierung der Heimerziehung mitmachen wolle! Und wer glaubt es denn, daß es heute in den Säuglingsheimen noch so ist? Wer geht denn schon wirklich hinein, wer darf überhaupt hinein? Wer überzeugt sich selbst, bleibt eine Stunde und länger in solchen Kindersälen, läßt diese vielen Kindergesichter auf sich wirken, bis ihm das Grauen kommt vor dieser Welt ohne Liebe!“

Ein anderer Sachkenner, H e l l b r ü g g e, urteilte 1967 (Über die Not in den Säuglingsheimen, in: Gesundheitsfürsorge, Band 17, 1; zit. nach S c h m a l o h r, 138):

„Drastisch ausgedrückt wird heute der Großteil der Säuglinge und Kleinkinder in der Massenpflege von der Allgemeinheit subventioniert und unter allen Augen systematisch und meist irreversibel intellektuell und sozial geschädigt. Viele Kinder werden — durch das System der Massenpflege, nicht durch die beteiligten Personen! — regelrecht schwachsinnig gemacht und dann als „geistig behindert“ jahrzehntelang der öffentlichen Sozialhilfe zugeführt.“

Rund 61 000 Kinder wuchsen 1964 in Kinderheimen heran.

Einblicke vermittelt, zum Beispiel, der Bericht von Heine S c h o o f: Erklärung. edition suhrkamp, 1971.

Rund 50 000 Kinder lebten 1964 in Erziehungsanstalten. Einblicke vermitteln, zum Beispiel, die Berichte von G o t h e und K i p p e: Ausschluß. Verlag Kiepenheuer & Witsch, 1970.

Etwa 10% der Kinder in der Bundesrepublik sind als Uneheliche von Anfang an ohne Elternhaus; zwischen 1946 und 1966 etwa 1,4 Millionen, 1966 rund 48 000. Aus wirtschaftlichen Gründen sind 96% ihrer Mütter zur Erwerbstätigkeit gezwungen. Fast die Hälfte der unehelichen Kinder kommt sofort in ein Heim, die anderen können nur zum Teil und auch dann nur zeitweise bei ihrer Mutter bleiben.

(nach S c h m a l o h r, 131)

Bestandteil unseres Sozialrechtes ist auch das Mutterschutzgesetz. Es gewährt der Mutter eine „Schonfrist“ von acht Wochen nach der Geburt ihres Kindes. Dann zwingt sie der Sozialstaat, ihrer Erwerbstätigkeit wieder nachzugehen, abzustellen (Traumatisierung des Säuglings und der Mutter) und ihr Kind tagsüber wegzugeben.

Diese Sozialstaatlichkeit ließe sich weiter beleuchten, etwa zu den Themen: Wohnungen für kinderreiche Familien, Spielplätze, Kindergärten, Kinderhorte, Vorschulplätze, Kinderkliniken.

Gäbe es keine weiteren Gründe, die Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs zu fordern — das Postulat des Justizministers Dr. N e u b e r g e r reichte dafür aus:

„Denn eine soziale Gesellschaft hat die Pflicht, für jedes Kind ausreichend zu sorgen.“

# mini- markt

**KW/MW Doppelsuper Empfänger Trio 9 R 59** mit Produktdetektor für SSB, ANI=Automat, Störbegrenzer, AVC/MVC=autom. Schwundregelung usw. für nur 175,- DM zu verkaufen, Neupreis 500,- DM. W. Wittig, Röhrring 69, Mo-Fr.

**Suche** dringend gebrauchtes Mofa. Sigrun Gronau, Lautenschläger Str. 5<sup>1/2</sup>

**Betrifft: mini-markt**

Als Leserservice – oder Lebenshilfe – drucken wir Kleinanzeigen ab, zu Kleinpreisen. Einheitstarif bis auf weiteres: DM –,50 pro Inserat. Bitte möglichst nicht mehr als 10 Zeilen (ca. 400 Schreibmaschinenanschlüge).

Die Anzeigen können unter Chiffre oder mit Adresse aufgegeben werden.

Die Anzeigenmanuskripte sollten in der Redaktion abgegeben werden (Mensa-Ostflügel, gegenüber dem Auslandsamt); wochentags ab 12.30 (morgens studieren wir).

Die nächste Ausgabe erscheint um den Anfang November 1971. Anzeigenschluß ist am 28. Oktober 1971.

**Zenith-Vergaser** für R 4 gesucht Chiffre 122/6.

**VW-Käfer** zu kaufen gesucht! Preisvorstellung max. 700,- DM. Chiffre 122/7.

**2<sup>1/2</sup>–3 Zimmer-Wohnung** in Darmstadt dringend gesucht. Chiffre 122/1.

**4 Zimmer-Wohnung** in Darmstadt ruhige Lage, auch Altbau, gesucht. Chiffre 122/2.

**Rolleiflex 2,8 F** mit Zeiss Planar, Kleinbildanlage, diverse Filter für DM 800,- zu verkaufen. Chiffre 122/3.

**Simca 1000**, Baujahr 63, TÜV Aug. 71, fahrbereit, zu verkaufen; eventuell zum Ausschachten. Verhandlungsbasis 100,- DM. Martin Burgheim, dsz-Redaktion.

**Couch** billig zu verkaufen. Chiffre 122/4.

**Wer verschenkt** Schreibtisch an armen Studenten? Chiffre 122/5.

## Wir ziehen um

**Voraussichtlich in einer  
Woche, spätestens aber  
zu Beginn des  
Wintersemesters finden  
Sie die Redaktion der  
dsz im Hauptgebäude in  
in den Räumen 58-61**

**Absenderangaben:**

**Antwortkarte Minianzeigen**

**darmstädter  
studentenzeitung**

**61 Darmstadt  
Hochschulstraße 1**

**Minimarkt**

**Anz. Nr: 122 /**

**Berichtigung**

In Nummer 120/21 haben wir auf Seite 39 geschrieben, der ehemalige Iranische Regierungschef Mossadegh sei ermordet worden. Tatsächlich wurde Mossadegh unter Hausarrest gestellt. Während dieser Zeit starb er, ob eines natürlichen oder eines unnatürlichen Todes wurde nie mit Sicherheit festgestellt.

# **Kampfsprüche**

**Fegen stärkt die Muskeln, schwächt das Hirn !**

**Brauchst du 'nen billigen Arbeitsmann,  
dann schaff' dir einen Lehrling an !**

**Ausbeutung Tag für Tag,  
gesichert durch den Lehrvertrag !**

**Der Lehrling bekommt 10 Pfennig bloß,  
den Rest der Mark streicht ein der Boß !**

**Eurer Kinder Kraft bringt den Unternehmern Saft !**

**Der Boß trägt den Gewinn zur Bank,  
dich macht die Arbeit für ihn krank !**

**Willst du einmal kurz aufmucken,  
mußt du gleich die Werkstatt schrubben !**

**Stifte, ihr sollt ewig pennen !**

**Der Lehrherr und die Kammer  
sind schuld an unserem Bildungsjammer !**

**Die Bosse raffen – der Lehrling darf schaffen !**

**Die Lehrlinge sind verstimmt,  
weil die Ausbildung im Handwerk stinkt !**

**Rolltreppen laufen – Ausbildung klemmt !**

**Der »Mitarbeiter« arbeitet mit  
doch nur für des Unternehmers dicken Profit !**

**Für des Unternehmers Zwecke  
alle unter eine Decke !**

**Das Kapital leckt sich die Pfoten  
nach gut dressierten Fachidioten !**

AUCH  
DIE ZAHL HAT  
GEWICHT

NEIN, ES IST  
NICHT VERBO-  
TEN ZU DEMON-  
STRIEREN. LOS,  
HAU AB!

FÜR  
UNSERE  
RECHTE



WAS SEID IHR FÜR  
HERGELAUFENE? IHR  
BEIDEN ZÄHLT GAR-  
NICHT. WOLLT IHR MIR  
ANGST MACHEN?  
VERSCHWINDET!

FÜR  
UNSERE  
REC



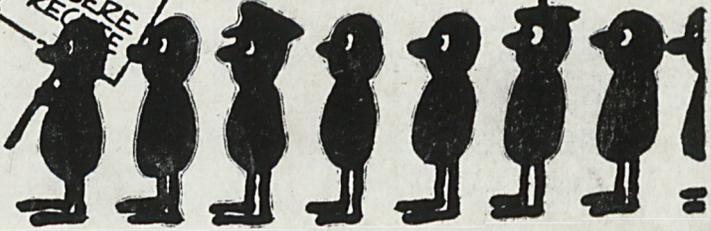
AH. ICH SEHE, DASS  
ICH MICH FALSCH AUS-  
GEDRÜCKT HABE.  
DEMONSTRATIONEN  
DÜRFEN NICHT DEN  
VERKEHR BLOCKIEREN.  
GEHT WEITER, LEUTE,  
SEID VERNÜNFTIG!

FÜR  
UNSERE  
RECHTE



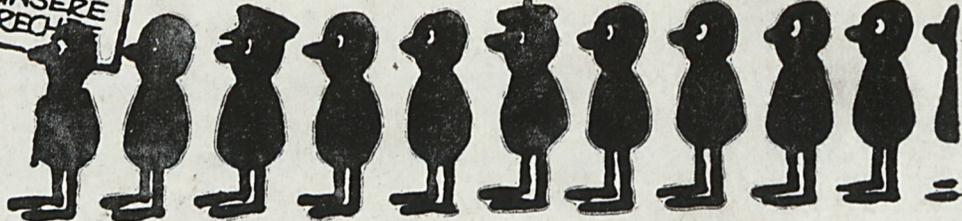
WISST IHR... 'ÄH... ICH  
FÜHRE NUR BEFEHLE  
AUS... ES GIBT VIELE  
ALTOS HIER... 'ÄH...  
UND VIELE FUSSGÄN-  
GER... FÜNFZIG, JA?

FÜR  
UNSERE  
RECHTE



TOT!  
TUR!

FÜR  
UNSERE  
RECHTE



ES IST VERBOT... 'ÄH... KÖNNEN  
SIE NICHT ZU FUSS DEMONSTRIE-  
REN, WIE ALLE ANDERN?



es kann.